

Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 3/2003

Martin Malek

Die NATO und Russland zwischen Kooperation und Konfrontation

Dr. phil. Martin Malek, 1991 Promotion in Politikwissenschaft (Zweifach Publizistik), seit 1993 Mitarbeiter der „Österreichischen Militärischen Zeitschrift“ (ÖMZ), seit 1997 Forscher an der Landesverteidigungsakademie mit der Zuständigkeit für die Analyse der Krisen und Konflikte in der GUS sowie der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik Russlands und der anderen früheren Sowjetrepubliken. Mehrere Forschungsaufenthalte in Deutschland, Russland, der Ukraine und den USA. In der zweiten Jahreshälfte 2002 Mitarbeiter des Büros des Verteidigungsattachés an der Botschaft Österreichs in Moskau.

Impressum:

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie – Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik

Medieninhaber:

Landesverteidigungsakademie Wien/Büro für Sicherheitspolitik

Herausgeber:

Hon.Prof. DDr. Erich Reiter und General Raimund
Schittenhelm

Für den Inhalt verantwortlich und Redaktion: Mag. Walter
Matyas

Technische Redaktion: Doris Washiedl

Grafik: Dipl.Graph. Franz Stierschneider und Doris Washiedl

Druck: Druck- und Kopierstelle Landesverteidigungsakademie

Alle: Amtsgebäude Stiftgasse 2a, 1070 Wien

ISBN: 3-902275-08-1

„Abenteurer – ‚Humanisten‘,
An den Mikrofonen sind die NATO-Leute große Redner.
In den Reden sind sie große Humanisten.
Die NATO hat, man weiß, ein besonderes Charisma:
Je mehr Bomben, desto mehr Humanismus.
Gestern ging die Faust auf den Irak nieder,*
Heute drischt die Faust gegen die Serben.
Über wem wird morgen die Mannschaft von Raufbolden
Die gnadenlose Faust erheben?
Das Recht führt die verwegene Horde ständig im Mund,
Aber diese Abrechnung ist ‚Faustrecht‘.
Allianz! Ist es nicht Zeit nachzugeben.
Es könnten sich doch sauberere Fäuste finden!“

Im Original gereimtes Spottgedicht aus der russischen Militärzeitung „Roter Stern“ (1999) über die NATO

* Anspielung auf die amerikanisch-britische Aktion „Desert Fox“ im Dezember 1998 gegen den Irak, mit der die NATO als Organisation nichts zu tun hatte.

Inhalt

1. EINLEITUNG	4
2. DIE RUSSISCHE SICHT DER NATO	5
2.1. Die NATO und der „patriotische Konsens“	5
2.2. Öffentliche Meinung	6
2.3. Die NATO in der „vielpoligen Welt“	6
2.4. Kritik an der NATO	7
2.4.1. „Kein Existenzrecht“	7
2.4.2. Ein „Instrument der USA“	8
2.4.3. Ablehnung „humanitärer Interventionen“	9
2.5. Die NATO als Bedrohung	9
2.6. Kriegsszenarien	10
2.7. Russland, die NATO und die „militärische Integration“ in der GUS	14
2.8. Russland und die österreichische Diskussion um die NATO	16
3. „ALLIED FORCE“	17
3.1. Russische Reaktionen	17
3.2. Am Rand einer militärischen Konfrontation	19
4. RUSSLAND UND DIE OSTERWEITERUNG DER NATO	21
4.1. Wandlungen der Moskauer Position	21
4.2. Russische Kritik an der sowjetischen Politik	22
4.3. Kritik an der NATO-Osterweiterung	22
4.4. Zum Prager NATO-Gipfel	23
4.5. UNO und OSZE statt NATO	24
4.6. Der Faktor Belarus	24
4.7. Die Rolle der baltischen Staaten	25
5. KOOPERATION	27
5.1. Russische Mitsprache in der NATO	27
5.1.1. „Founding Act“ und PJC	27
5.1.2. „A New Quality“ und NRC	29
5.2. Hindernisse für die PfP	30
5.3. Terrorbekämpfung	31
5.4. Peacekeeping	33
5.4.1. IFOR/SFOR	33
5.4.2. KFOR	33
5.5. Luftabwehr	35
5.6. Rüstung	36
5.7. Sonstige Kooperation – ausgewählte Bereiche	36
6. ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	38
7. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	39

1. Einleitung

Die NATO und Russland sind die beiden wichtigsten Militärmächte Europas und angrenzender Gebiete in Afrika und Asien, so dass ihrem Verhältnis zueinander grundsätzlich zentrale Bedeutung für sicherheitspolitische Entwicklungen in der gesamten Großregion zukommt. Ihre Beziehungen sind insofern vielschichtig, als sie gleichzeitig kooperative und konfrontative Elemente bergen, die einander teilweise überlappen beziehungsweise gegenseitig bedingen. So hätte Russland ohne seine anhaltende und teilweise überaus schroffe und emotionale Kritik an der NATO-Osterweiterung kaum den am 27. Mai 1997 in Paris unterzeichneten „Founding Act“ erreicht. Damit wurde der PJC geschaffen, der ihm immerhin eine „Stimme“ im Bündnis (wenngleich kein Vetorecht in seinen inneren Angelegenheiten) gab. Ein weiteres Beispiel wäre die KFOR, zu der Moskau Mitte 1999 eingeladen wurde, obwohl – oder weil – es die NATO-Militäraktion „Allied Force“ gegen die BRJ kurz zuvor heftig verurteilt hatte.

In Russland wird vor allem seit 1993 unter Hinweis auf eine wegen des Zerfalls des Warschauer Paktes und der UdSSR 1991 fehlende Bedrohung immer wieder die Selbstauflösung der NATO gefordert (auch wenn die UdSSR keineswegs von der Notwendigkeit der Existenz der NATO überzeugt gewesen war), doch diese zeichnet sich derzeit nicht ab. Somit „ist die NATO eine Realität“,¹ die Moskau schlecht ignorieren kann. Es verlangt jedoch nachdrücklich eine weitgehende Reform der Allianz, die aus einem „Militärblock“ in eine „politische Organisation“ umgewandelt werden solle. Präsident Boris Jelzin erhob im September 1995 sogar die Forderung, dass die NATO „keine irgendwie bewaffnete Organisation sein“ dürfe.² Verteidigungsminister Sergej Iwanow empfahl der NATO im November 2002 eine Reform, die von „real existierenden Bedrohungen“ und nicht von „mythischen Feinden“ ausgehen müsse.³ Gleichzeitig probt seine eigene Armee den Krieg gegen einen Gegner aus dem „Westen“, bei dem es sich nur um die NATO handeln kann (vgl. Kap. 2.6.). Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Föderationsrates (Oberhaus des Parlaments, der Föderalversammlung), Michail Margelow, legte der Allianz ebenfalls im November 2002 eine Umbenennung nahe, da die jetzige Bezeichnung aus der Zeit des Kalten Krieges stamme.

Russische Stimmen versuchen zudem immer wieder, aus der Not eine Tugend zu machen, indem sie erklären, dass die NATO ohne Russland „überhaupt nichts tun“ könne oder sogar ihre ganze „Existenzberechtigung“ aus der Kooperation mit ihm beziehe. Russland zeigt sich somit von seiner maßgeblichen Bedeutung für das Bündnis überzeugt. Gleichzeitig strebt das offizielle Moskau zur „Minimierung des Schadens“ aus Fortbestand und Osterweiterung der NATO nach eigenem wiederholten Bekunden eine größtmögliche Mitbestimmung in der Allianz an. Diese kam auch und gerade wegen Präsident Wladimir Putins verbaler Unterstützung der von den USA nach den Anschlägen des 11. September 2001 in New York und Washington forcierten „Koalition gegen den Terror“ den Moskauer Wünschen entgegen und ließ sich Mitte 2002 auf die Schaffung des NRC ein.

„Allied Force“ war das wichtigste Ereignis in den Beziehungen zwischen der NATO und Moskau seit dem Ende der UdSSR. Die Operation wird in Russland auch in wissenschaftlichen Publikationen bis heute fast immer als „Aggression“ bezeichnet. Die Eliten wie auch die öffentliche Meinung sahen sich in ihrer Einschätzung der NATO als „aggressivem Militärblock“ bestätigt. Das

¹ So z.B. Armeegeneral Andrej Nikolajew, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der Staatsduma, bei einem Briefing zum Thema „Ergebnisse der Arbeit der gesetzgeberischen Sicherstellung der Verteidigung des Landes für 2002 und Perspektiven des militärischen Aufbaus für 2003“ am 15.12.2002 in der Staatsduma in Moskau unter Anwesenheit des Verfassers.

² Press-konferencija prezidenta RF Borisa El'cina. In: Federal n' jus, 8.9.1995.

³ Zitiert nach Izvestija, 22.11.2002, S. 2.

hat sich auch fast vier Jahre später nicht nur nicht geändert, sondern noch verfestigt: Meinungsumfragen zufolge sieht eine absolute Mehrheit der Russen die NATO nach wie vor als Gefahr für ihr Land an. Damit einher geht die Überzeugung, dass alles, was der NATO (subjektiv) schadet, gleichzeitig positiv für Russland sein muss. Das reicht bis in unbedeutende Details. So berichtete die Tageszeitung des Verteidigungsministeriums, der „Rote Stern“, sogar über die Erfolge russischer Athleten im militärischen Fünfkampf gegen Vertreter von NATO-Ländern ausführlich und euphorisch.⁴

2. Die russische Sicht der NATO

2.1. Die NATO und der „patriotische Konsens“

Ergebnis der 1992/93 ablaufenden Integration der Grundauffassungen in der politischen Elite Russlands war ein „außenpolitischer Konsens“ (Olga Alexandrova⁵) als Teil eines „patriotischen Konsenses“ (Gerhard Simon⁶), der seitdem die politisch mehr oder weniger relevanten Kräfte – die immer schwächer werdenden „Demokraten“, die dem Kreml nahestehenden Parteien und Fraktionen in der Staatsduma (Unterhaus des Parlaments) sowie die einflussreichen Nationalisten und Kommunisten – auf der Grundlage ähnlicher bis gleichen Auffassungen umspannt.⁷ Das fand etwa in einer Anfang 1997 in der Staatsduma entstandenen Gruppierung „AntiNATO“ Ausdruck, der Anfang 1998 über 300 von insgesamt 450 Abgeordneten fast aller Fraktionen angehörten.

Die NATO ist ein wichtiger „Katalysator“ des patriotischen Konsenses.⁸ Eine Moskauer Zeitung nannte sie eine „bequeme Methode zum Export innerer Probleme. Es ist klar, dass die gewöhnliche Unruhe der Politiker belanglos und unnütz aussieht, wenn eine äußere Bedrohung der Sicherheit des Landes entsteht. Ob das ein Funktionär will oder nicht – er muss in den allgemeinen Chor jener einstimmen, die Besorgnis über das Schicksal des Landes äußern“.⁹ Der Hinweis auf eine angebliche Bedrohung durch die NATO soll zweifellos der Ablenkung von inneren Problemen und der Integration und Konsolidierung der politischen Klasse wie der ganzen von einer anhaltenden wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Krise gezeichneten russischen Gesellschaft dienen. Die Moskauer Haltung zur NATO wird daher auch von der Elite unterstützt, „die völlig unerwartet den verlorenen Feind gefunden hat – und gleichzeitig ihre *raison d'être*“.¹⁰ Nach dem Beginn von „Allied Force“ drückten viele russischen Stimmen die Hoffnung aus, dass die Ereignisse auf dem Balkan angesichts der (vermeintlichen) gemeinsamen Bedrohung aus dem Westen den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft verbessern. „Es ist so etwas wie eine vereinigende nationale Idee entstanden ... – die intensive Vorbereitung auf einen Krieg mit westlichen Staaten“.¹¹

⁴ Vgl. Krasnaja Zvezda, 4.12.1999, S. 7.

⁵ Vgl. Olga Alexandrova: Der außenpolitische Konsens in Rußland. Aktuelle Analysen des BIOst, 17/1997.

⁶ Vgl. Gerhard Simon: Der patriotische Konsens. Aktuelle Analysen des BIOst, 11/1997; ders.: Die Identität Rußlands und die internationale Politik. In: Außenpolitik, III/1997, S. 245ff; ders.: Russische Normalität. Kohäsion und Gefährdung durch den patriotischen Konsens. In: NZZ, 18./19.10.1997, S. 7.

⁷ Dieses Konzept hat in der westlichen Russland-Forschung lange nicht jene Bedeutung erfahren, die ihm angesichts seiner analytischen Kapazität zukommen würde. Anfang 2003 lenkte eine deutsche Politik-Professorin die Aufmerksamkeit wieder darauf (vgl. Margareta Mommsen: Wer herrscht in Rußland? Der Kreml und die Schatten der Macht. München 2003, v.a. S. 137ff).

⁸ So die Einschätzung des Urhebers dieses Konzepts; vgl. Gerhard Simon: Auf der Suche nach der „Idee für Rußland“. In: Osteuropa, 12/1997, S. 1182.

⁹ Nezavisimaja Gazeta, 11.2.1997, S. 2.

¹⁰ Itogi, 8.10.1996, S. 16.

¹¹ Nezavisimoe Voennoe Obozrenie, 13/1999, S. 1.

2.2. Öffentliche Meinung

Eine Ende November 2002 durchgeführte Umfrage unter 1500 Bürgern Russlands brachte folgende Ergebnisse: 48 Prozent hielten die NATO für einen „aggressiven Militärblock“ und nur 26 Prozent für eine der Verteidigung dienende Organisation. 45 Prozent erkannten im NATO-Beitritt der baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen eine „Bedrohung der Sicherheit Russlands“ (vgl. Kap. 4.7.); 30 Prozent vertraten die gegenteilige Auffassung. 56 Prozent unterstützten eine Zusammenarbeit Russlands mit der NATO, 23 Prozent sprachen sich dagegen aus. 25 Prozent waren für einen NATO-Beitritt Russlands, 10 Prozent hielten ihn für wünschenswert, aber unmöglich, 41 Prozent lehnten eine NATO-Mitgliedschaft grundsätzlich ab.¹²

Die überaus NATO-kritische offizielle Außenpolitik Moskaus kann sich somit auf die Volksmeinung stützen. Das Bild der NATO in der russischen Öffentlichkeit wird maßgeblich von den Nachwirkungen der jahrzehntelangen sowjetischen Propaganda sowie der Berichterstattung der postsowjetischen russischen Medien bestimmt, in denen die Allianz meist negativ und bedrohlich erscheint. Auch der Einfluss der vehement antiwestlich eingestellten Kommunisten, die nach wie vor die stärkste und am besten organisierte politische Kraft des Landes sind, spielt eine nicht unerhebliche Rolle. Vor allem aber stelle Russland, so die überwiegende Auffassung im Land selbst, eine „einzigartige Zivilisation“ dar, der man westliche Werte wie Demokratie und Menschenrechte nicht einfach überstülpen könne; es müsse seinen eigenen „historischen Weg“ als Großmacht mit einem „starken Staat“ gehen. Russland definiert seine postsowjetische Identität über den patriotischen Konsens ganz maßgeblich über eine Abgrenzung vom als materialistisch, hedonistisch, oberflächlich, individualistisch und amoralisch angesehenen Westen – und dessen militärisches Hauptinstrument ist nun einmal die NATO. Der Widerstand gegen die Allianz ist somit tief im emotionalen Fundament des postsowjetischen Russland verankert. Das können weder punktuelle Zusammenarbeit (vgl. Kap. 5.) noch freundliche Erklärungen auf Gipfeltreffen ändern.

2.3. Die NATO in der „vielpoligen Welt“

Geopolitik ist in Russland nicht nur Gegenstand akademischer Dispute, sondern spielt eine zentrale Rolle in der Gestaltung der offiziellen Außen- und Sicherheitspolitik. Der russische Umgang mit der Geopolitik stellt vor allem auf bestimmte „Einflussbereiche“, „Interessensphären“ (oft mit dem Adjektiv „lebenswichtig“ verstärkt), „Pufferzonen“, „geopolitische Räume“ und die Konkurrenz um Ressourcen, Bodenschätze und Transportkorridore (vor allem im und am Kaspischen Meer, im Südkaukasus sowie in Zentralasien) ab.

Auch die NATO-Erweiterung wird mit geopolitischen Kriterien bewertet – und zwar auf der Grundlage des Konzepts der „multipolaren Welt“, das auf den ehemaligen Außenminister und Ministerpräsidenten Jewgenij Primakow zurückgeht. Es postuliert mit Russland, der EU, den USA, China, Indien und Japan zumindest sechs weltpolitische „Pole“ und ist explizit gegen eine „einpolige Welt“ gerichtet, welche die USA nach vorherrschender russischer Überzeugung anstreben. Offenkundig handelt es sich hier um einen Versuch, das wirtschaftlich schwache Russland in einen „Kreis gleichberechtigter Großmächte“ zu reklamieren. Primakow meinte, dass sich Russland als eigener „Pol“ anderen „Polen“ nicht anschließen könne und dürfe.¹³ Damit scheidet ein Beitritt Russlands zur EU aus. Die NATO zählt man in Russland dezidiert nicht zu den „Polen“, da man sie offenkundig nicht „unnötig“ aufwerten beziehungsweise ihr eine nicht zustehende Relevanz zubilligen will. Eine Mitgliedschaft in der NATO ist in der überschaubaren Zukunft ebenfalls

¹² Nach <www.interfax.ru>, 6.12.2002.

¹³ Vgl. Evgenij Primakov: *Meždunarodnye otnošenija nakanune XXI. veka: problemy, perspektivy*. In: *Meždunarodnaja žizn'*, 10/1996, S. 3–13.

unrealistisch,¹⁴ selbst wenn sie verschiedene (auch hochgestellte) westliche und russische Politiker und Funktionäre zeitweise „nicht ausschließen“ wollten. „Allied Force“ war in Moskau als Versuch der NATO und der USA betrachtet worden, „eine unipolare Weltherrschaft zu begründen und den Großmachtstatus Russlands umzudefinieren“.¹⁵ Der Widerstand gegen diese vermeintlichen westlichen Bemühungen zur Reduzierung des internationalen Einflusses Russlands eint seine Eliten in Politik, Militär, Wirtschaft und (Politik-) Wissenschaft.

Verschiedene russische und westliche Beobachter erlagen offenkundig einem Irrtum, als sie nach den Anschlägen des 11. September 2001 die „multipolare Welt“ für hinfällig erklärten, weil Russland nun endgültig auf einen „prowestlichen Kurs“ eingeschwenkt sei. So kommt die „multipolare Welt“ in jenen politischen Dokumenten, welche Putin am 2. Dezember 2002 in Peking und zwei Tage später in New Delhi unterzeichnete, jeweils mehrmals vor. Der unabhängige russische sicherheitspolitische Analytiker Pawel Felgenhauer meinte denn auch: „The preceding ‚multipolar world‘ doctrine, based on the idea of a strategic triangle between Moscow, Delhi and Beijing to oppose U.S. influence, seems to have survived“.¹⁶

In der „multipolaren Welt“ hat die NATO aus russischer Sicht jedenfalls keinen Platz – im Unterschied zur EU. In Russland unterstützt man sicherheitspolitische Initiativen der EU in der Hoffnung, dass sie die NATO beziehungsweise den Zusammenhalt zwischen Westeuropa und Nordamerika schwächen. Das ist allerdings spätestens seit dem 16. Dezember 2002, als die „EU-NATO Declaration on ESDP“ unterzeichnet wurde, wohl noch unbegründeter als vorher. Der „Rote Stern“ bemängelte, dass die EU bisher kein vergleichbares Abkommen mit Russland unterzeichnet habe.¹⁷

2.4. Kritik an der NATO

2.4.1. „Kein Existenzrecht“

Die Heftigkeit der russischen Kritik an der NATO allgemein und konkret an ihrer geplanten Osterweiterung ließ weder nach der Unterzeichnung des ‚Founding Act‘ noch angesichts der durch den Kollaps des Rubel im August 1998 verschärften wirtschaftlichen und innenpolitischen Krise nach. Die derzeit gültige Außenpolitische Konzeption aus dem Jahr 2000 hält fest, dass die politischen und militärischen Zielsetzungen der NATO den Interessen der nationalen Sicherheit Russlands „mitunter direkt widersprechen“.¹⁸ Aus Moskauer Sicht ist die NATO ein geopolitischer Konkurrent und ein Faktor, der den russischen Einfluss in Europa und der Welt *kraft seiner Existenz* einschränkt. Es ist daher nicht wirklich entscheidend, wie sich die Allianz verhält – ob sie mit Russland kooperiert oder nicht; ob sie es bei Peacekeeping-Operationen auf dem Balkan einbezieht oder nicht; ob sie sich nach Osten erweitert oder nicht; ob sie sich reformiert oder nicht; ob sie den Tschetschenienkrieg unterstützt oder nicht; ja sogar, ob sie die BRJ bombardiert oder nicht: Eliten wie Gesellschaft Russlands sind zu tief vom prinzipiell feindseligen und negativen Charakter der Allianz überzeugt, als dass diese Russland von ihrer „Harmlosigkeit“ oder ihren „guten Absichten“ überzeugen könnte – sei es nun durch Mitsprache in der NATO; Teilnahme an Peacekeeping-

¹⁴ Das machte etwa Außenminister Igor Iwanow klar (vgl. sein Interview in: Rossijskaja Gazeta, 25.7.2002, S. 4). Verteidigungsminister Sergej Iwanow meinte: „Würde Russland der NATO beitreten, würde sich das Antlitz der Allianz bis zur Unkenntlichkeit verändern“ (zitiert nach Fernsehkanal NTV [Moskau], 24.2.1001, 22.30 Uhr).

¹⁵ Hans-Georg Heinrich: Die GASP und die außen- und sicherheitspolitischen Interessen Russlands. In: Die Union, 2/2002, S. 79.

¹⁶ Gastkommentar in: The Moscow Times, 5.12.2002, S. 9.

¹⁷ Krasnaja Zvezda, 20.12.2002, S. 3.

¹⁸ Konceptija vnešnej politiki Rossijskoj Federacii. Z.B. in: Igor` Ivanov: Novaja rossijskaja diplomatija. Desjat` let vnešnej politik strany. Moskva 2002, S. 226.

Einsätzen; gemeinsame Übungen; Konferenzen und Seminare, zu denen die russischen Teilnehmer auf Kosten der Allianz eingeflogen werden; Stipendien für russische Forscher und Wissenschaftler; Hilfe für frühere russische Soldaten, Wohnungen und eine Arbeit zu finden sowie soziale Probleme zu lösen usw.

Ein bekanntes Moskauer Wirtschaftsblatt zog anlässlich der Unterzeichnung der Römer Dokumente 2002 (vgl. Kap. 5.1.2.) die Existenzberechtigung der Allianz einmal mehr in Zweifel und prognostizierte, dass diese „langsam sterben“ werde.¹⁹ Die NATO hätte nur eine einzige Möglichkeit, eine positive Resonanz in Russland zu erzeugen: Sie müsste ihre Auflösung verkünden.²⁰ In Russland wird immer wieder bemängelt, das nicht „mit aller Härte“ verlangt zu haben.²¹ Auch der angeblich „prowestliche“ Putin ließ an seiner Position keinen Zweifel: Die NATO habe „keinerlei Existenzberechtigung“²² und suche „eine Beschäftigung und irgendjemanden, gegen den sie kämpfen könnte“.²³

2.4.2. Ein „Instrument der USA“

Der NATO wird in Russland bis heute immer wieder vorgeworfen, den Zerfall der UdSSR beschleunigt oder sogar direkt herbeigeführt zu haben. Im Mittelpunkt der russischen Kritik an der NATO standen und stehen ihre Führungsmacht USA: „Das Verhältnis zum westlichen Bündnis bleibt zentraler Aspekt eines auf die Vereinigten Staaten fixierten Konkurrenzanspruchs der russischen Außenpolitik“.²⁴ Russland lehnt die Auffassung der NATO von den USA als einer auch „europäischen“ Macht grundsätzlich ab: Die Sicherheit auf dem Kontinent, so ist man in Moskau überzeugt, sei von den Europäern alleine zu gewährleisten, sodass der Einfluss der USA in der NATO drastisch eingeschränkt werden müsse. Das ist der Hintergrund für die großen russischen Sympathien für die sich in vielen Fragen zeigenden „Sonderpositionen“ Frankreichs im Bündnis. In Moskau wiederholt man zudem gerne, dass die USA die NATO als das Zentrum der europäischen Sicherheitsarchitektur betrachteten, während man selbst die Allianz (im besten Falle) nur als „eine von mehreren“ einschlägig relevanten Organisationen – neben OSZE und EU – gelten lasse.

Die russischen Eliten – und besonders Militärs – sehen in der NATO nicht ein Bündnis gleichberechtigter Staaten, sondern ein Instrument der USA, mit dem diese ihre Hegemonialinteressen durchzusetzen versuchen. Folgerichtig wird die Erweiterung der NATO als Ausdehnung des amerikanischen Einflusses in Europa angesehen – und das wiederum betrachtet Russland als gänzlich unvereinbar mit seinen (geopolitischen und sonstigen) Interessen. „Für Russland bedeutet NATO-Erweiterung eine Reduzierung des eigenen Einflussbereiches und die Verstärkung der amerikanischen Führungsrolle sowie die Garantie weiterer amerikanischer Präsenz in Europa“,²⁵ die es gerne abgebaut sehen würde – mit der Perspektive ihres völligen Verschwindens. Vor dem Hintergrund dieser Umstände ist subjektiv verständlich, dass sich die russische Empörung über „Allied Force“ vor allem gegen die USA richtete: Diese strebten die

¹⁹ Zitiert nach The Moscow Times, 29.5.2002, S. 3.

²⁰ Das ist nach Meldung einer Wiener Tageszeitung in der weiteren Zukunft durchaus denkbar: Sie zitierte einen (ungenannten, aber hohen) EU-Mitarbeiter, der meinte, dass die NATO durch die Beitritte ostmitteleuropäischer Staaten derzeit zwar eine Renaissance erlebe; in zehn bis 15 Jahren könne diese „Euphorie“ aber etwa auch in Polen schwinden. Dann sei auch eine Auflösung der Allianz möglich (nach Die Presse 21.1.2003, S. 6).

²¹ So z.B. die Regierungszeitung Rossijskaja Gazeta, 2.4.1997, S. 7.

²² Bei einer Pressekonferenz am 9.2.2001 in St. Christoph am Arlberg; zitiert nach Informationsbulletin des russischen Außenministeriums, 15.2.2001 <www.mid.ru>.

²³ Zitiert nach Krasnaja Zvezda, 4.12.2002, S. 1.

²⁴ Heinrich Vogel: Gesicherte Partnerschaft? Das Verhältnis NATO-Rußland. In: Internationale Politik, 7/1998, S. 33.

²⁵ Erich Reiter: Die strategische Situation und die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen im Hinblick auf die zweite NATO-Osterweiterung. Wien 2002 (= Strategische Analysen), S. 6.

„Weltherrschaft“ an, und ihr Instrument, ihre „eiserne Faust“ und ihr „Repressionsapparat“ sei die NATO.²⁶

2.4.3. Ablehnung „humanitärer Interventionen“

Russische Stimmen kritisieren unter Hinweis auf „Allied Force“ oft ein von der NATO angeblich vertretenes Konzept der „humanitären Intervention“ und „eingeschränkten Souveränität“, das dazu dienen solle, die Souveränität der Staaten, die „Autorität“ des UNO-Sicherheitsrates (gemeint: das dortige russische Vetorecht) sowie das Völkerrecht zu untergraben beziehungsweise zu umgehen.²⁷ Eine Moskauer Zeitung meinte, dass die Außenpolitische Konzeption deswegen keine Erwähnung internationaler Menschenrechtsvereinbarungen enthält, weil diese vorherrschender russischer Auffassung zufolge nur den Sinn verfolgen, „humanitäre Interventionen“ (gemeint: des Westens, Anm. d. Verf.) international zu legalisieren.²⁸ In diese Richtung gehen auch Warnungen der Konzeption vor „Einmischungen in die inneren Angelegenheiten“ von Staaten, zu denen es kommen könne, wenn deren souveräne Rolle als „grundlegendes Element der internationalen Beziehungen geschwächt“ werde. Gleichzeitig setzt man sich in Russland für die „russischsprachigen“ Minderheiten (= Russen und andere russifizierte Slawen) in anderen früheren Sowjetrepubliken ein, fördert ihre Selbstorganisation und mitunter Separatismus (so auf der Halbinsel Krim/Ukraine oder im Dnjestr-Gebiet/Moldowa) und droht bevorzugt den baltischen Staaten immer wieder mit Sanktionen, wenn sie konkrete russische Forderungen zugunsten der „Russischsprachigen“ nicht erfüllen (vgl. Kap. 4.7.).

2.5. Die NATO als Bedrohung

Versicherungen der NATO und ihrer ostmitteleuropäischen Beitrittskandidaten, dass die Allianz Russland nicht als Feind ansehe und ihre Erweiterung gegen niemanden gerichtet sei, wurden in Moskau stets als gänzlich unglaubwürdig bezeichnet oder als lächerlich abgetan. Dagegen ist in Russland weitgehend unbestritten, dass von der NATO eine zumindest potenzielle Gefahr ausgeht. Die Staatsduma warnte immer wieder konkret vor der Osterweiterung, welche „die Entstehung der ernsthaftesten Kriegsgefahr für unser Land seit 1945“ bedeute.²⁹ Der bekannte Nationalist Sergej Baburin, zeitweise stellvertretender Dumavorsitzender, urteilte, dass sich die NATO „aus einem militärpolitischen Block in einen rein militärischen und, was besonders gefährlich ist, aus einem Verteidigungs- in einen Angriffsblock verwandelt“.³⁰ Zum 50. Jubiläum der NATO 1999 „gratulierte“ der „Rote Stern“ mit einer ganzen mit „Ein halbes Jahrhundert Erpressung, Drohungen und Aggression“ übertitelten Seite.³¹

Die durch einen Erlass Putins am 21. April 2000 in Kraft gesetzte derzeit gültige Militärdoktrin Russlands nennt sechs „destabilisierende Faktoren“, die auf die militärpolitische Situation einwirkten. Davon sind vier ganz offensichtlich auf die NATO gezielt, so etwa der „Einsatz von militärischer Gewalt als Mittel ‚humanitärer Interventionen‘ ohne Sanktion des Sicherheitsrates der UNO“. Fast über eine Seite hinweg werden insgesamt 14 „Hauptbedrohungen von außen“ aufgezählt, die offenbar von der NATO und einer Konfrontation mit dem Westen bestimmt sind, in

²⁶ Vgl. Martin Malek: Rußland und der Kosovo-Krieg. In: Erich Reiter (Hg.): Der Krieg um das Kosovo 1998/99. Mainz 2000, S. 150.

²⁷ Vgl. z.B. Igor´ Ivanov: Vnešnjaja politika Rossii v epochu globalizacii. Stat´i i vystuplenija. Moskva 2002, S. 22. Hintergrund dieser russischen Position ist die Vorstellung, selbst einmal zum Opfer einer solchen „humanitären Intervention“ werden zu können.

²⁸ Nezavisimoe Voennoe Obozrenie (online), 14.7.2000.

²⁹ Erklärung vom 21.1.1998, zitiert nach APA515, 23.1.1998.

³⁰ Interview in: Nezavisimaja Gazeta, 15.5.1998, S. 6.

³¹ Krasnaja Zvezda, 3.4.1999, S. 2.

der sich Russland zu befinden glaubt. Zwar wird die Allianz (wie in der ganzen Doktrin) hier nicht explizit genannt, doch kann nur sie gemeint sein, wenn etwa von der „Erweiterung von Militärblöcken und -bündnissen zum Schaden der militärischen Sicherheit der Russländischen Föderation“ die Rede ist.³²

In Russland wird zudem immer wieder – auch in Grunddokumenten zur Sicherheitspolitik – argumentiert, dass sich ein bereits jetzt (angeblich) ungünstiges konventionelles Kräfteverhältnis gegenüber der NATO nach einer Aufnahme weiterer Staaten in die Allianz noch weiter zu verschieben drohe. Die relativ positivste Aussage eines russischen Militärs anlässlich der Unterzeichnung des Dokuments „NATO-Russia Relations: A New Quality“ im Mai 2002 (vgl. Kap. 5.1.2.) kam von Generalstabschef General Anatolij Kwaschnin, der (wenigstens vor Journalisten) „keine Bedrohung aus dem Westen mehr“ sehen mochte.³³ Der stellvertretende Generalstabschef General Jurij Balujewskij war sich weniger sicher: Die neuen NATO-Mitglieder könnten den VKSE missachten und auf ihren Territorien „Militärstrukturen anderer Staaten“ oder sogar Atomwaffen stationieren. – Für all das gibt es derzeit allerdings keinerlei Anzeichen.

General Andrej Nikolajew, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der Staatsduma, nannte die NATO offen „potenzielle Bedrohung“.³⁴ Auch der Marschall der UdSSR Viktor Kulikow, ehemaliger Oberkommandierender des Warschauer Paktes und derzeit Vorsitzender des Veteranenausschusses der Staatsduma, gab zweifellos nicht nur seiner Meinung Ausdruck, als er USA und NATO als „potenzielle Gegner Russlands“ identifizierte.³⁵ KPRF-Chef Gennadij Sjuganow sah in der NATO-Osterweiterung die „größte militärische Gefahr für Russland seit dem Angriff des faschistischen Deutschlands auf die UdSSR“. Die Wahrscheinlichkeit einer „Intervention der NATO gegen Russland nimmt ständig zu ... Der Juni 1941 darf sich nicht wiederholen“.³⁶ Zudem verlautbarte Sjuganow, dass ihm eine „geheime Ausarbeitung eines NATO-Analysikers“ mit einem „Plan zur Errichtung einer militärpolitischen Kontrolle der NATO über Russland“ in die Hände gefallen sei. Angesichts dessen bedürfe es, so Sjuganow, einer „Totalrevision der Innen- und Außenpolitik Russlands“.³⁷ Eine solche nimmt der Kreml bisher nicht in Aussicht. Putin meinte in einer Rede an der Universität Peking am 3. Dezember 2002, die NATO „nicht als *direkte* Bedrohung“ anzusehen.³⁸ Diese Formulierung lässt jedoch den Schluss zu, dass er eine *indirekte* Bedrohung durchaus nicht ausschließt.

2.6. Kriegsszenarien

Russische Politiker, Militärs, Medien sowie auch als seriös geltende Politologen versuchten mit teilweise in martialischem Ton gehaltenen Stellungnahmen, den westlichen Staaten wie auch den NATO-Beitrittskandidaten zu zeigen, dass ein größeres Bündnisgebiet ihre Sicherheit nicht nur nicht verbessern, sondern im Gegenteil beeinträchtigen würde. So meinte der um die Mitte der neunziger Jahre populäre General Alexander Lebed, dass die westlichen Staaten den ostmitteleuropäischen NATO-Beitrittskandidaten „die nicht unbedingt angenehme Sache“ erklären

³² Voennaja Doktrina Rossijskoj Federacii. Z.B. als Online-Dokument <www.scrf.gov.ru/Documents/Decree/2000/706-1.html> (abgerufen 14.10.2002).

³³ Zitiert nach Itogi, 4.6.2002, S. 13.

³⁴ Zitiert nach Askold Krushelnycky: Ukraine: A Look At Kyiv's Motives For Seeking NATO Membership. RFE/RL Weekday Magazine (online), 30.5.2002.

³⁵ Interview in: Vremja Novostej (online), 28.5.2002.

³⁶ Brief an Putin, zitiert nach Kommersant, 22.11.2002, S. 3.

³⁷ Zitiert nach Nezavisimaja Gazeta, 19.11.2002, S. 2.

³⁸ Zitiert nach RFE/RL Newsline – Russia (online), 3.12.2002. Hervorhebung vom Verfasser.

müssten, „dass sie zur Zielscheibe von Massenvernichtungswaffen werden können. Wird dies den Polen und Slowaken, den Rumänen, Tschechen und Ungarn gefallen? Ich glaube nicht“. ³⁹ Anfang Mai 1997 verglich Jelzin die Kontroverse um die NATO-Ausdehnung mit der Kuba-Krise, welche die Welt 1962 an den Rand eines Atomkrieges gebracht hatte. ⁴⁰

In russischen Publikationen fanden sich auch Szenarien von Präventivschlägen gegen die NATO. Felgenhauer schrieb 1995, dass um das Jahr 2000 „luftmobile Angriffs- und Fliegerverbände der NATO-Länder (einschließlich der USA) binnen Stunden über Tausende Kilometer verlegt werden können, wobei sie die Fähigkeit behalten, aus dem Marsch heraus entscheidende und starke Schläge zu führen. In der schlechtesten Variante wird es im Prinzip nicht möglich sein, Pskow, Kaliningrad und St. Petersburg zu schützen. ... Als Antwort kann Moskau finden, dass ihm keine andere Wahl bleibt, als einen Präventivschlag gegen die aufmarschierenden Stoßgruppierungen des Gegners zu führen“. ⁴¹ Es ist nicht bekannt, ob Felgenhauer dann überrascht war, weil es im Jahr 2000 zwischen der NATO und Russland doch ruhig blieb.

Eine verbreitete russische Vorstellung von der NATO ist wie folgt beschaffen: „Dutzende Divisionen, die mit den modernsten Waffen ausgerüstet sind, Hunderte Kriegsschiffe und Tausende Flugzeuge der NATO, die sich in einem hohen Grad an Einsatzbereitschaft befinden, stellen objektiv einen gespannten Abzug dar, der derzeit abgedrückt werden kann“. ⁴² Balujewskij fürchtete, dass „im Falle einer Aggression die Panzer der Allianz nur einige Tage brauchen, um in die Lebenszentren Russlands vorzustoßen, und die Flugzeuge und Cruise Missiles überhaupt nur Minuten“. ⁴³

Ende Oktober 2002 erinnerte eine seriöse Moskauer Zeitung daran, dass der russische „Einsatzplan der Streitkräfte“ ⁴⁴ „aus Gewohnheit nach wie vor auf einen Krieg gegen den Westen orientiert ist“. ⁴⁵ Nikolajew erklärte: „Obwohl die russische Militärdoktrin lokale Konflikte als Hauptbedrohung beschreibt, bestellen wir Waffen für einen ganz anderen, großen Krieg – Atom-U-Boote, ICBM's, Atomladungen“. ⁴⁶ Sein ihm ideologisch nicht unbedingt nahestehender „demokratischer“ Ausschuss-Stellvertreter Alexej Arbatow wurde zum gleichen Thema noch deutlicher: „Entscheidungen, die hinter verschlossenen Türen getroffen werden, führen dazu, dass bis jetzt 90 Prozent unseres Militärbudgets zur Vorbereitung und Erhaltung jener Truppen aufgewendet werden, die für einen großen Krieg gegen die NATO vorgesehen sind“. ⁴⁷

Die NATO ist somit in den Plänen des russischen Militärs zweifellos nach wie vor zumindest potenzieller „Hauptgegner“ – trotz des seit 1989 schon oft verkündeten „Endes des Kalten Krieges“. Es wäre über ein Jahrzehnt Zeit gewesen, eine Änderung des Einsatzplanes zumindest einzuleiten. Daher fällt es schwer, wirklich an eine Gewohnheit zu glauben. Wahrscheinlicher ist, dass der Plan bewusst nicht revidiert wurde – und zwar deshalb, weil das Militär und der überwiegende Teil des

³⁹ Zitiert nach Der Standard, 17./18.8.1996, S. 33.

⁴⁰ Zu russischen Kriegsszenarien für den Fall der (ersten) NATO-Osterweiterung vgl. Martin Malek: Rußland und die Osterweiterung der NATO. „Neue Trennungslinien“ oder „Export von Stabilität“? In: Erich Reiter (Hg.): Österreich und die NATO. Schriftenreihe: Forschungen zur Sicherheitspolitik, Bd. 2: Die sicherheitspolitische Situation Österreichs nach der NATO-Erweiterung. Graz/Wien/Köln 1998, S. 266–271.

⁴¹ Segodnja, 23.6.1995, S. 9.

⁴² Nezavisimaja Gazeta, 18.4.2001 (online).

⁴³ Zitiert nach Izvestija, 23.11.2002, S. 4.

⁴⁴ Dieser wird dem russischen föderalen Gesetz „Über die Verteidigung“ zufolge vom Generalstab ausgearbeitet, und der Präsident Russlands bestätigt ihn. Auf der Grundlage dieses Planes werden die Militärbezirke und Truppen in Bereitschaft versetzt, wird die Mobilisierung durchgeführt, die Industrie auf Rüstungsproduktion umgestellt usw.

⁴⁵ Vremja Novostej, 29.10.2002, S. 1.

⁴⁶ Interview in: Vremja Novostej, 25.9.2002.

⁴⁷ Gastkommentar Arbatows in: Moskovskie Novosti, 24.9.2002, S. 5.

politischen Establishments Russlands nach wie vor an die Möglichkeit eines Krieges mit der NATO glauben. Davon zeugen denn auch zahlreiche Annahmen von Szenarien in Militärmanövern.

Die vom 21. bis zum 26. Juni 1999 abgehaltene Übung „Zapad-99“ (russ. zapad = Westen) war das bis dahin größte und kostspieligste russische Manöver seit dem Ende des Kalten Krieges. Einheiten aller Waffengattungen sowie der Grenztruppen, der Eisenbahntruppen, des Innenministeriums, des FSB sowie des Ministeriums für außerordentliche Situationen und Zivilverteidigung mit insgesamt 50 000 Mann übten auf dem gesamten europäischen Territorium Russlands zwischen der Barents-See und dem Schwarzen Meer. Konkret waren fünf Militärbezirke (Moskau, Leningrad, Nordkaukasus, Wolga, Ural) sowie die Nordflotte, die Baltische Flotte, die Schwarzmeerflotte und die Kaspiflotte involviert. Der fiktive Gegner wurde nicht explizit beim Namen genannt, doch machte der Übungsablauf klar, dass es sich nur um die NATO handeln kann.

Die russische Presse beschrieb das Szenario wie folgt:⁴⁸ Nach „politischem Druck“ auf Belarus und territorialen Forderungen an dieses sowie Versuchen, die russische Souveränität über die Exklave von Kaliningrad „einzuschränken“, beginnt der Gegner Kampfhandlungen. Er führt mit 450 Flugzeugen und 120 Cruise Missiles Schläge gegen Belarus. Gleichzeitig attackieren 110 Flugzeuge und 40 Cruise Missiles russische Truppen in Kaliningrad. Bodentruppen rücken auf Belarus und Russland vor. Unter Nutzung der im Rahmen des „Vereinten Systems“ der Luftabwehr der GUS gemachten Erfahrungen wehren die Luftwaffen Russlands und Belarus' den Luftangriff ab und gehen gegen Luft- und Marinebasen in Norwegen sowie Flugzeugträger in der Barents-See und in der Norwegensee vor. Die Nordwestfront und die Baltische Flotte entsetzen zusammen Kaliningrad. Gegen jene Staaten (darunter Litauen und Lettland), von denen aus der „Aggressor“ operiert, werden Landungsoperationen durchgeführt. Gleichzeitig führt die Westfront einen Schlag, um gegnerische Kräfte abzulenken. Da der Gegner immer noch nicht zurückweicht, führen die Strategischen Raketentruppen und die Fernfliegerkräfte Russlands präventive Atomschläge gegen Gebiete aus, wo Boden- und Luftwaffenkräfte des Gegners konzentriert sind. Strategische Bomber der Typen Tu-95MS „Bear“ und Tu-160 „Blackjack“ üben vom Nordatlantik und vom Nördlichen Eismeer aus Atomschläge gegen Europa und Nordamerika; Russland wies Meldungen zurück, wonach sie in die Lufträume Islands und Norwegens eingedrungen sind. Jedenfalls demonstriert Russland wenigstens im Manöver Bereitschaft und Fähigkeit, auch auf einen konventionellen Angriff atomar zu reagieren. Da der Manövergegner daraufhin eine Eskalation des Atomkrieges befürchtet, ist er zu Verhandlungen gezwungen.

„Zapad-99“ war im Rahmen des Ende 1998 verabschiedeten Ausbildungsplanes der russischen Streitkräfte für 1999 abgehalten worden. Dennoch waren angeblich noch Erfahrungen aus „Allied Force“ eingeflossen. Russlands damaliger Ministerpräsident Sergej Stepaschin wies die Kriegsmarine an, „nach dem Schema der jugoslawischen Ereignisse“ Übungen und „Maßnahmen gegen jene aggressiven Tätigkeiten vorzubereiten, die von NATO-Kräften auf dem Balkan unternommen wurden“. ⁴⁹ „Zapad-99“ zeigte auch, dass die Armee von Belarus (das sich eigentlich in seiner Verfassung das Ziel setzt, ein neutraler Staat zu werden) de facto als Struktureinheit der russischen Streitkräfte gilt. So leitete der russische Verteidigungsminister Marschall Igor Sergejew gemeinsam mit seinem belorussischen Amtskollegen Generaloberst Alexander Tschumakow von einem „westlichen Kommandopunkt“ aus die Aktivitäten einer russisch-belorussischen „Koalitionsgruppe“.

Auch „Kampfgemeinschaft-99“, das Ende August 1999 auf dem Truppenübungsplatz Aschuluk (Gebiet von Astrachan/Russland) von Russland, Armenien, Belarus, Kirgisien und Kasachstan

⁴⁸ Nach Nezavisimoe Voennoe Obozrenie, 25/1999, S. 5.

⁴⁹ Nach Izvestija, 20.7.1999, S. 3.

abgehalten wurde, zielte offenkundig gegen die NATO: Unter der Leitung des damaligen Oberkommandierenden der russischen Luftwaffe und gleichzeitigen Vorsitzenden des Koordinationskomitees der Luftabwehr der GUS, General Anatolij Kornukow, wurde – russischen Presseberichten zufolge erfolgreich – unter anderem die Abwehr von „Tomahawk“-Flugkörpern eines Gegners aus dem „Westen“ geübt.⁵⁰

Ende August 2001, also wenige Tage vor den Anschlägen des 11. September, hielten etwa 2000 Soldaten aus Russland, Belarus, Armenien und Tadschikistan mit 30 Luftabwehrkomplexen und 20 Kampfflugzeugen wieder in Aschuluk das Manöver „Kampfgemeinschaft-2001“ ab, dem folgendes Szenario zu Grunde lag: Die vier Teilnehmerstaaten („Norden“) werden vom „Westen“ (gemeint: USA und NATO) und „Süden“ (Taliban, Pakistan und tadschikische Aufständische) unter massiven Druck gesetzt. Ein Nachbarstaat von Belarus (bei dem es sich nur um Polen handeln kann) stellt an dieses territoriale Forderungen, und die USA verlangen eine internationale Kontrolle über das russische Atomwaffenarsenal. Schließlich greifen „Westen“ und „Süden“ strategisch wichtige Objekte in Russland und anderen GUS-Ländern an.⁵¹ Ab dem Folgemonat standen die russischen Militärplaner allerdings vor der für sie vermutlich erstaunlichen Situation, dass ihr „Westen“ und Teile des „Südens“ gegeneinander Krieg führten, anstatt sich – wie sie es eigentlich tun „sollten“ – gemeinsam gegen Russland zu wenden.

Im Oktober 2002 führten die russischen Streitkräfte gleichzeitig eine Kommandostabsübung sowie praktische Manöver durch, die Abschüsse einer SLBM von einem im Ochotskischen Meer liegenden U-Boot, einer ICBM vom Typ „Topol“ vom Testgelände Plesezsk (Nordrussland) sowie von Cruise Missiles von je zwei Tu-160 und Tu-95 aus vorsahen. Eine Moskauer Zeitung meinte dazu, dass Russland seine Fähigkeit bewiesen habe, im Bedarfsfall einen umfassenden Atomschlag von Land, aus der Luft und dem Wasser auszuführen. Und: „Es ist nicht ausgeschlossen, dass Russland am Vorabend des November-Gipfels der NATO eine Machtdemonstration durchgeführt hat ... Der potenzielle Gegner wurde nicht direkt genannt, aber es war klar, dass es wie früher der Westen als solcher ist“.⁵² Ein anderes als seriös geltendes russisches Blatt meinte, dass das Militär einen atomaren Präventivschlag geübt habe, und zitierte einen anonymen Mitarbeiter des Generalstabes, demzufolge die gültige Militärdoktrin einen solchen zulasse: „Russland kann mit konventionellen Waffen einer Aggression von Militärblöcken wie der NATO nicht widerstehen und muss daher ... Atomwaffen einsetzen“.⁵³

In den westlichen Medien stoßen diese russischen Vorbereitungen auf einen Atomkrieg traditionell auf keine Resonanz. NATO-Generalsekretär Lord George Robertson zeigte sich überzeugt, dass „die NATO für Russland schon seit einiger Zeit kein Feind mehr ist“.⁵⁴ Am 28. Oktober 2002, zwei Tage nach der gewaltsamen Beendigung der dreitägigen Geiselnahme durch ein tsetschenisches Kommando in einem Moskauer Musicaltheater, erklärte Putin auf einer Versammlung mit Regierungsmitgliedern den Terrorismus zum Hauptfeind Russlands. Eine Moskauer Zeitung meinte, dass aus der Erklärung Putins „auch faktisch hervorgeht, dass die Hauptaufmerksamkeit der Militärs vom heutigen Hauptgegner, der NATO, auf den internationalen Terrorismus verlagert wird“. Allerdings könnten sich die Generäle dieser Änderung des Feindbildes widersetzen.⁵⁵

⁵⁰ Nach Izvestija, 31.8.1999.

⁵¹ Nach Nezavisimaja Gazeta (online), 28.8.2001. The Moscow Times, 3.9.2001, S. 1. Russia: CIS Members Hold Military Exercise In Southern Astrakhan Region. RFE/RL Weekday Magazine (online), 20.8.2001.

⁵² Vremja Novostej, 14.10.2002, S. 4.

⁵³ Izvestija, 14.10.2002, S. 2.

⁵⁴ Interview in: Vremja Novostej, 1.11.2002, S. 1.

⁵⁵ Vremja Novostej, 29.10.2002, S. 1.

In der ersten Märzhälfte 2002 hielt die NATO mit Vertretern von 14 NATO-Mitgliedern und 12 PfP-Staaten das Großmanöver „Strong Resolve 02“ ab. Es wies mit der Abwehr einer Aggression gegen Süd- und Mittelnorwegen sowie einer Krisenreaktionsoperation in Polen zwei Hauptkomponenten auf. Letztere ging vom Zerfall des fiktiven Landes „Granica“ in „Woodland“ und „Treeland“ aus. Zwischen ihnen kommt es zu einem bewaffneten Konflikt, worauf „Treeland“ UNO und NATO zur Intervention auffordert. – Der russische Generalstab glaubte, dass in diesem Szenario Russland und Belarus als „Aggressoren“ dargestellt würden. Die amtliche „Parlamentszeitung“ schrieb, dass das Manöver zeige, dass sich die NATO unter dem Vorwand der Durchführung von Friedensoperationen gewaltsam in die inneren Angelegenheiten souveräner europäischer Staaten einmischen wolle.⁵⁶

2.7. Russland, die NATO und die „militärische Integration“ in der GUS

Die „rote Linie“. Moskau sieht die NATO und ihre Osterweiterung auch als Herausforderung für seine Vorhaben auf dem Gebiet der früheren UdSSR an. Primakow kreierte den bis heute mitunter verwendeten Begriff der „roten Linie“ (gemeint: die Grenze der ehemaligen UdSSR), welche die NATO nicht überschreiten dürfe. Andernfalls sei eine „radikale Revision“ der Beziehungen zur Allianz unausbleiblich. Dazu kam es dann nicht, doch der Beschluss des NATO-Gipfels in Prag im November 2002, Estland, Lettland und Litauen zum Beitritt einzuladen, löste in Moskau besonderen Ärger aus (vgl. Kap. 4.7.).⁵⁷

Der VKS. Auch unzweifelhaft demokratische russische Zeitungen halten die NATO-Osterweiterung für den „Beginn der Errichtung eines Protektorats über den postsowjetischen Raum“.⁵⁸ Dieser vermeintlichen Bedrohung seiner Interessen versucht Moskau gegenzusteuern. Russland und das von Präsident Alexander Lukaschenko autoritär regierte Belarus stellen die NATO beziehungsweise deren Osterweiterung seit Jahren als militärische Bedrohung für die gesamte GUS dar, der nur mit engerer militärischer „Integration“ begegnet werden könne. Zeitweise war in Moskau sogar von einer „Anti-NATO“ die Rede, die auf der Basis des VKS (auch „Taschkenter Vertrag“ genannt) von 1992 angestrebt werden sollte. Diese Bedrohungsperzeption sowie die von Moskau und Minsk vorgeschlagene Reaktion wurden jedoch vor allem von Georgien, Aserbajdschan und Usbekistan nicht geteilt. Sie wollten auch mit der NATO und den USA militärpolitisch kooperieren und verlängerten daher sowie aus verschiedenen anderen Gründen (so sah sich Aserbajdschan mit einem militärischen Angriff Armeniens konfrontiert, das Anspruch auf die armenische Exklave Berg-Karabach erhob) ihre Mitgliedschaft im VKS ungeachtet Moskauer Kritik 1999 nicht mehr. Seitdem sind noch Russland, Belarus, Armenien, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan verblieben. Die Ukraine, Turkmenistan und Moldowa hatten dem VKS nie angehört.

Das erwähnte Drängen Moskaus auf eine „Demilitarisierung“ der NATO steht in einem auffälligen Kontrast zu seinen eigenen Bemühungen, die „Integration“ in der GUS auch und gerade auf militärischem Gebiet zu forcieren. Zudem besitzt Russland ein beschränktes Mitspracherecht in der NATO, während die USA nie (wenn auch nur zwecks Symmetrie) versucht haben, ein solches im VKS zu erreichen. Dieser weist (wie der NATO-Vertrag) eine Beistandsklausel für den Fall eines Angriffs auf ein Mitglied auf und konstituiert somit ein vollwertiges Militärbündnis. Mitte Mai 2002 beschlossen die Präsidenten der VKS-Mitgliedstaaten die Umwandlung des Vertrages in die

⁵⁶ Vgl. Parlamentskaja Gazeta, 52/2002.

⁵⁷ Estland, Lettland und Litauen betrachten sich allerdings selbst nicht als frühere Sowjetrepubliken, da sie 1940 von der UdSSR völkerrechtswidrig okkupiert worden und ihr daher niemals rechtmäßig beigetreten seien.

⁵⁸ Novye Izvestija, 8.10.2002, S. 5.

OVKS. Diese könnte nach dem Urteil einer russischen sicherheitspolitischen Zeitung „zu einem Gegengewicht zur Nordatlantischen Allianz werden“.⁵⁹

Die SOK. Die SOK, der Russland, China, Kirgisien, Kasachstan, Tadschikistan und (seit Juni 2001) Usbekistan angehören, soll nach der inoffiziellen Absicht Moskaus und Pekings zur Begrenzung des US-Einflusses in Asien sowie zur Bekämpfung des Terrorismus beitragen. Im April 2002 wurde bei einem Treffen der Chefs der Grenztruppen der Mitgliedstaaten im kasachischen Alma-Ata innerhalb der Organisation erstmals ein Dokument beschlossen, das die Vereinigung von Militäreinheiten zur „Erfüllung gemeinsamer Aufgaben in der zentralasiatischen Region“ vorsieht. Dazu meinte eine Moskauer Zeitung: „Auf die Autorenschaft der jetzigen Reformen in der SOK können mit gleichem Recht die Al-Qaida mit bin Laden und die USA mit ihren NATO-Verbündeten Anspruch erheben“.⁶⁰

Die NATO verzichtete bisher auf jede Kritik an OVKS und SOK. Robertson betrachtet die beiden Organisationen nicht als Konkurrenten: „Die Mitglieder des OVKS haben ihre eigenen Interessen, und ich sehe kein Problem darin, dass sie Sonderbeziehungen mit Russland, China oder anderen Staaten der Region haben ... Wenn die Staaten ihre eigenen Bündnisse und Vereinigungen bilden, hat die NATO nichts dagegen“.⁶¹

Mittelasien. In Russland ist oft von einer „Militäroperation der NATO“ im ehemals sowjetischen Mittelasien nach dem 11. September 2001 die Rede, obwohl die Allianz mit dem dortigen Engagement mehrerer ihrer Mitglieder mit den USA an der Spitze, aber auch etwa Australiens und Südkoreas nichts zu tun hat: Alle diese Staaten sind bilaterale Abmachungen mit Kirgisien und Usbekistan eingegangen.

Von einer in verschiedenen westlichen wie russischen Medien behaupteten „Zustimmung Moskaus“ zur westlichen Militärpräsenz in Mittelasien kann keine Rede sein. In Russland besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass – wenn schon die Ankunft westlichen Militärs in Mittelasien nicht zu verhindern war – nun alles getan werden muss, um es so rasch wie möglich wieder zum Abzug zu bewegen. Das stieß bisher in den USA nicht auf Kritik. Im Gegenteil erklärten hohe Politiker und Militärs, dass die US-Truppen Mittelasien wieder verlassen werden, weil Washington die Region als Einflussgebiet Russlands betrachtet.

Die GUAM/GUUAM. Ausgangspunkte für die Bildung dieser Staatengruppierung waren die Verhandlungen zum VKSE 1996 in Wien, als die Ukraine, Aserbaidschan, Georgien und Moldowa gemeinsam Position gegen eine von Russland verlangte Revision der sogenannten „Flankenregelungen“ (an der nordwestlichen und südlichen Peripherie des Vertragsgebiets) bezogen, das Erdölgeschäft vor allem in Aserbaidschan und, eng damit verbunden, das Projekt eines Transportkorridors („Neue Seidenstraße“) zwischen Mittelasien und Europa unter Umgehung Russlands.

Am 10. Oktober 1997 unterzeichneten die Präsidenten Georgiens, der Ukraine, Aserbaidschans und Moldowas in Straßburg ein Kommuniqué über engere Zusammenarbeit. Diese informelle Vereinigung erhielt die Bezeichnung GUAM (nach den Anfangsbuchstaben der vier Länder). Die Tatsache, dass der Beitritt Usbekistans am Rande des NATO-Jubiläumsgipfels in Washington im April 1999 erfolgte (womit die GUUAM entstand),⁶² löste in Russland besonderen Ärger aus. Eine dabei unterzeichnete Erklärung der Präsidenten der Ukraine, Georgiens, Usbekistans,

⁵⁹ Nezavisimoe Voennoe Obozrenie, 17.5.2002, S. 1.

⁶⁰ Zitiert nach Vremja Novostej (online), 25.4.2002.

⁶¹ Zitiert nach Den' (Kiew), 4.12.2002, S. 3.

⁶² Usbekistan legte seine Mitgliedschaft in der GUUAM Mitte 2002 wieder still.

Aserbaidshans und Moldowas enthielt Hinweise auf eine Integration im Rahmen von EAPC und PfP, aber die NATO reagierte kaum auf solche Avancen. Schon 1998 hatte sie es abgelehnt, die Beziehungen zur damaligen GUAM in einem Format „16+4“ zu intensivieren – offenkundig, um Moskau nicht zu „brüskieren“.

2.8. Russland und die österreichische Diskussion um die NATO

Im Vorfeld von Putins Besuch in Österreich Anfang Februar 2001 hatte der russische Botschafter in Wien, Alexander Golowin, mit einem Interview für ein Wiener Nachrichtenmagazin einiges Aufsehen erregt. Nach der damals gerade diskutierten österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die einen NATO-Beitritt nicht prinzipiell ausschließt, befragt, meinte er, dass „jede Ausdehnung eines militärischen Bündnisses in Richtung unserer Grenzen, in das wir nicht eingebunden sind, ... eine Bedrohung Russlands“ bedeute. Und konkret zu Österreich: „Aus unserer Sicht hat die Neutralität immerwährenden Charakter. Daher betrachten wir Österreich weiterhin als neutralen Staat“. Moskau habe auch alles Interesse daran, dass es so bleibt. Österreich sei mit dem Moskauer Memorandum, dem Staatsvertrag und dem Neutralitätsgesetz (alle 1955) eine völkerrechtliche Verpflichtung eingegangen, und es gäbe einen „logischen, historischen und juristischen Zusammenhang zwischen diesen drei Papieren“. Es sei daher keinesfalls alleinige Sache Österreichs, ob es neutral bleibe oder nicht.⁶³ – Das ist kaum anders zu interpretieren denn als Versuch, eine Rolle Russlands bei der Bestimmung des künftigen Verhältnisses Österreichs zur Neutralität – und damit einem zentralen Faktor der Außen- und Sicherheitspolitik des Landes – anzumahnen.

Bestimmte österreichische Juristen, so etwa Prof. Michael Geistlinger (Universität Salzburg) und Franz Leidenmühler (Universität Linz), unterstützten die russische Position: Österreich sei völkerrechtlich sehr wohl in der Pflicht, und Moskau könne nicht einfach vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Das Wiener Außenministerium erinnerte dagegen daran, dass das Neutralitätsgesetz nicht Bestandteil des Staatsvertrages und Russland daher kein Vertragspartner ist; das Moskauer Memorandum sei eine Verwendungszusage, das Neutralitätsgesetz im Verfassungsrang ein autonomer Rechtsakt Österreichs gewesen. Außenministerin Benita Ferrero-Waldner und der dritte Nationalratspräsident (und ehemalige Verteidigungsminister) Werner Fasslabend, beide von der NATO-freundlichen ÖVP, wiesen Golowins Intervention mit einer Entschiedenheit zurück, die österreichische Politiker zu sowjetischen Zeiten wohl kaum aufgebracht hätten.

Putin setzte dann in Wien die Akzente etwas anders als Golowin: Russland habe natürlich eine klare Präferenz für die Neutralität, aber das österreichische Volk müsse diese Frage „ohne Einmischung von außen“ lösen;⁶⁴ Moskau werde jede Entscheidung respektieren. Diese „liberale“ Einstellung dürfte Putin nicht besonders schwer gefallen sein: Sowohl Bundespräsident Thomas Klestil wie auch Nationalratspräsident Heinz Fischer (SPÖ) hatten ihm versichert, dass die für eine Änderung des Neutralitätsgesetzes erforderliche Zweidrittelmehrheit im Nationalrat (wegen der entschiedenen Ablehnung der SPÖ, Anm. d. Verf.) ohnedies fehlt. Klestil fügte hinzu, dass es davon abgesehen noch eine Volksabstimmung über einen allfälligen Abschied von der Neutralität geben müsse. Diese Feststellung schrieb man in der russischen Delegation, die mit Putin nach Österreich gekommen war, den Positionen und Aktivitäten Moskaus zu⁶⁵ – auch wenn ein derartiges Referendum seit Jahren in Österreich ventiliert wird, ohne dass dabei ein „russischer Faktor“

⁶³ Zitiert nach ÖMZ, 3/2001, S. 380.

⁶⁴ Zitiert nach <www.strana.ru>, 11.2.2001.

⁶⁵ Nach Kommersant“, 9.2.2001, S. 2.

deutlich geworden wäre. Kein Zweifel besteht jedoch daran, dass dabei die große Mehrheit für eine Beibehaltung der Neutralität stimmen würde: Die österreichischen wie russischen Befürworter einer Beibehaltung der Neutralität können auf Meinungsumfragen verweisen, die deren anhaltend hohe Popularität in der Bevölkerung dokumentieren. Für Moskau ergibt sich daraus der (aus seiner Sicht) angenehme Nebeneffekt, dass es eine Übereinstimmung seiner außenpolitischen Linie mit der Volksmeinung in Österreich postulieren kann.⁶⁶

3. „Allied Force“

3.1. Russische Reaktionen

Jelzin verkündete unmittelbar nach dem Beginn von „Allied Force“ (24.3.1999) folgende Maßnahmen: Abberufung des Militärvertreters Russlands bei der NATO, General Viktor Sawarsin; Unterbrechung der russischen Teilnahme an der Pfp; Verschiebung der Verhandlungen über die Eröffnung einer militärischen Verbindungsmission der NATO in Moskau; Ausweisung der beiden höchsten Repräsentanten der NATO in Russland. Außerdem wurde das russische SFOR-Kontingent in Bosnien-Herzegowina einseitig dem NATO-Kommando entzogen und dem Generalstab in Moskau unterstellt. Letzteres wäre sehr wahrscheinlich unterblieben, wenn man in Moskau hätte annehmen müssen, dass die NATO daraufhin den Abzug der russischen Truppen fordert. Russland boykottierte auch die Treffen im Rahmen von PJC und EAPC. Nach dem Ende von „Allied Force“ kehrte es in den PJC zurück, beschränkte seine Agenda aber mehrere Monate lang auf mit dem Kosovo zusammenhängende Fragen.⁶⁷

Die Terminologie, mit der das NATO-Vorgehen gegen die BRJ in Russland kommentiert wurde, war über das ganze politische Spektrum hinweg recht einheitlich: Es handle sich um eine „Aggression“, „(Staats-)Terror“, einen „schmutzigen Krieg“, ein „Verbrechen“ beziehungsweise ein „verbrecherisches Abenteuer“. Die Bombardierungen seien „barbarisch“ und „ungeheuerlich“; die NATO verübe „zahlreiche Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und töte „kaltblütig“ die Zivilbevölkerung der BRJ. Sjuganow verglich die NATO und die USA mit Hitlerdeutschland. Der damalige Leiter der Hauptverwaltung für internationale Militärkooperation des Verteidigungsministeriums, General Leonid Iwaschow, sprach von „NATO-Faschismus“ und „NATO-Mordgesellen“;⁶⁸ das Bündnis sei eine „Verbrecherorganisation ohne Existenzrecht“.⁶⁹ Die Luftschläge der NATO wurden vielfach mit dem Angriff Deutschlands auf Jugoslawien 1941 verglichen beziehungsweise ihm gleichgestellt. Zahlreiche russische Stimmen (darunter Außenminister Igor Iwanow) forderten, NATO-Generäle und/oder Generalsekretär Javier Solana vor das (sonst in Russland als „antiserbisch“ gebrandmarkte) internationale Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag zu bringen.

⁶⁶ Zur Rolle Russlands in der österreichischen NATO-Diskussion vgl. Martin Malek: Avstrijskaja politika bezopasnosti: Nejralityt ili NATO? In: Mirovaja ekonomika i meždunarodne otnošenija, 2/2000, S. 27–35 (v.a. 32f); ders.: Nejralityt Avstrii s tocki zrenija politiki bezopasnosti. In: Qanun (Baku), 11/2002, S. 45–49 (v.a. 47f); Ludmilla Lobova: Österreich in der Außenpolitik der UdSSR und Rußlands. Die Rolle der Neutralität Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre. In: Europäische Rundschau, 3/1999, S. 67–86 (v.a. 72ff); dies.: Rußland und die Neutralität Österreichs. Aktuelle Einschätzungen vor dem Hintergrund des Verhältnisses zur NATO. In: Erich Reiter (Hg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2000. Hamburg/Berlin/Bonn 2000, S. 371–389; dies.: Rußland und die europäischen Neutralen im Kontext der Schaffung einer Sicherheitsstruktur für Gesamteuropa. In: Journal of European Integration History, 2/2001, S. 83–102; dies.: Die Moskauer Perzeption politischer, ökonomischer und sozialer Entwicklungen in Österreich in den 80er und 90er Jahren. In: Oliver Rathkolb, Otto M. Maschke, Stefan August Lütgenau (Hg.): Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955–1990. Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Wien/Köln/Weimar 2002, S. 91–160 (v.a. 98–105).

⁶⁷ Nach NATO Handbook. NATO Office of Information and Press. Brussels 2001, S. 80.

⁶⁸ Zitiert nach Itogi, 30.3.1999, S. 16.

⁶⁹ Iwaschow, zitiert nach Ö1-„Mittagsjournal“, 9.4.1999, 12.17 Uhr.

Zahlreiche russische Stimmen konstatierten eine – bereits eingetretene oder zumindest bevorstehende – Rückkehr zum Kalten Krieg. Maßgebliche Stellen und Funktionäre verlangten eine Erhöhung der Militärausgaben, eine „Stärkung der Verteidigungsfähigkeit“, eine Anpassung der Militärdoktrin (in Richtung auf einen früheren Einsatz von Atomwaffen⁷⁰) sowie eine Abänderung der gesamten Militärreform.

Moskau protestierte auch deswegen scharf gegen „Allied Force“, weil es darin die Absicht der NATO sah, sich über seine Meinung hinwegzusetzen, obwohl es signifikante Mitsprache in sämtlichen irgendwie relevanten weltpolitischen Angelegenheiten beansprucht. Ohne seine Schwäche, zu der der Westen bewusst beigetragen habe, hätte die NATO keinen Krieg gegen die BRJ gewagt – und daraus wurde der Schluss gezogen (oder bestätigt), dass Russland wieder erstarren müsse, weil man „mit den Schwachen nicht rechnet“.

Auch viele „demokratische“ russische Medien bestritten entschieden, dass serbische Einheiten Albaner vertreiben – diese seien vielmehr wegen der Angriffe der NATO „im Resultat allgemeiner Panik, kollektiver Psychose und Angst, in der Hölle der NATO-Bombardements zu sterben“, aus eigener Initiative geflohen. Zudem hätten viele Albaner das Kosovo ohnedies verlassen wollen, um in das wohlhabende Westeuropa zu gelangen. Berichte von „angeblichen ethnischen Säuberungen“ durch die Serben seien „NATO-Agitprop“.⁷¹ Die russische Militärzeitung versicherte, dass Belgrad versuche, den Flüchtlingsstrom zu stoppen „und jene zurückzuholen, die das Land verlassen mussten“;⁷² die NATO verstärke dagegen die Bombardements des Kosovo, um die Rückkehr der albanischen Flüchtlinge zu verhindern.⁷³

Mit den von der NATO offiziell genannten humanitären Motiven hatten nach in Russland vorherrschender Überzeugung die „eigentlichen“ Beweggründe ihres Einsatzes gegen die BRJ somit nichts zu tun. Als solche wurden unter anderem angeführt: Der Westen wolle (trotz gegenteiliger Versicherungen) das Kosovo, das historisch ein unveräußerlicher Teil Serbiens sei, von diesem abspalten und die BRJ „zerschlagen“, um den Balkan (der als „Interessenszone“ Russlands beansprucht wurde) zu „kontrollieren“; die NATO beabsichtige, die BRJ „zu erobern und zu seinem Protektorat zu machen“;⁷⁴ der Westen wolle den jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević stürzen und in Belgrad ein prowestliches Regime einsetzen; dem Westen gehe es um die Disziplinierung eines der wenigen Länder Ost- und Südosteuropas, das nicht der NATO beitreten will und sich der „Militärmaschine NATO“ und einem „Diktat des Westens“ widersetzt, dem sich Russland selbst unterworfen glaubt; die USA (das, so der „Rote Stern“, „Reich des Bösen“⁷⁵) wollten eine Integration auf der Basis rein europäischer Institutionen, an denen Russland, nicht aber sie beteiligt wären, hintertreiben und ein „militär-polizeiliches Diktaturregime für Europa“⁷⁶ errichten; die NATO benutze die BRJ als „Testgelände“ für neue Waffensysteme; die NATO wolle mit dem Vorgehen gegen die BRJ Russland „erniedrigen“ und „demütigen“.

Außenminister Iwanow drückte seine Überzeugung aus, dass der Grund für den NATO-Einsatz gegen die BRJ „natürlich“ nicht in der Sorge um das Schicksal der Einwohner des Kosovo zu suchen gewesen sei. Vielmehr sei die Balkanregion als „Testgelände“ für eine „NATO-zentristische

⁷⁰ So Sergej Karaganow auf der internationalen Konferenz „Das europäische Modell an der Schwelle zum XXI. Jahrhundert“ (19.5.1999, Moskau) in Anwesenheit des Verfassers.

⁷¹ Nezavisimaja Gazeta, 21.5.1999, S. 6; ähnlich auch Nezavisimaja Gazeta, 7.4.1999, S. 1.

⁷² Krasnaja Zvezda, 9.3.1999, S. 1.

⁷³ Krasnaja Zvezda, 13.4.1999.

⁷⁴ Jelzin, zitiert nach Nezavisimaja Gazeta, 10.4.1999, S. 1.

⁷⁵ Krasnaja Zvezda, 3.4.1999, S. 3.

⁷⁶ Nezavisimoe Voennoe Obozrenie, 12/1999, S. 1.

Konzeption der Weltordnung“ gewählt worden, in der sich eine Gruppe von Staaten das Recht herausnehme, anderen auch mit Gewalt ihren Willen zu diktieren. Von 800 000 albanischen Flüchtlingen könne überhaupt keine Rede sein; schließlich sei „allen bekannt“, dass es bis zum Beginn von „Allied Force“ keine Flüchtlinge in Albanien und Makedonien gegeben habe (auf die innerhalb des Kosovo vertriebenen Albaner ging Iwanow nicht ein, Anm. d. Verf.). Die humanitäre Katastrophe sei nicht Ursache, sondern Folge der NATO-Bombardements gewesen.⁷⁷

Die Auffassung, dass Behauptungen westlicher Politiker von einem serbischen Völkermord an den Kosovo-Albanern lediglich ein „Vorwand für die Aggression der NATO“ gegen die BRJ gewesen seien, war und ist in Russland sehr verbreitet. In der russischen Presse hieß es immer wieder, dass es überhaupt keine „ethnischen Säuberungen“ an den Albanern gegeben habe.⁷⁸ Der „Rote Stern“ meldete, dass die „ethnische Krise“ im Kosovo vom Westen „aufgeblasen“ worden sei, um „den NATO-Stiefel für immer auf den Balkan zu setzen“.⁷⁹

Ministerpräsident Primakow war beim Beginn von „Allied Force“ gerade auf dem Weg nach Washington, um über neue Kredite des IWF zu verhandeln. Er ließ das Flugzeug aus Protest wenden und nach Moskau zurückkehren. Manche russische Medien argwöhnten daraufhin, dass damit die Chancen auf Gelder reduziert oder vorerst überhaupt zunichte gemacht seien. Der einflussreiche Politikberater und Leiter des „Rates für Außen- und Verteidigungspolitik“ (einer nichtstaatlichen Vereinigung von Politikern, Wissenschaftlern, Geschäftsleuten usw.), Sergej Karaganow, hielt dagegen: „Die Militäraktion der NATO in Jugoslawien kann die Zuerkennung eines IWF-Kredits an Russland beschleunigen. Die Amerikaner können eine solche Entscheidung treffen, weil sie Russland diese bittere Pille irgendwie versüßen wollen“.⁸⁰ So kam es dann auch: Während der schrillsten Kritik Moskaus an der NATO kam die Meldung, dass der IWF Russland einen (weiteren) Großkredit von 4,5 Milliarden Dollar zugesagt hat, was ohne die dort dominierenden westlichen Staaten mit den USA an der Spitze zweifellos nicht möglich gewesen wäre.

3.2. Am Rand einer militärischen Konfrontation

Jelzin erklärte dem britischen Premierminister Tony Blair am 22. April 1999, dass der Kosovo-Konflikt ein „Wahnsinn“ und „europäischer, womöglich auch schon Weltkrieg“ sei.⁸¹ Dem stellvertretenden Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses der Staatsduma, Arbatow, zufolge dominierte im russischen „Massenbewusstsein“ die Meinung, dass den Serben geholfen werden müsse, der NATO größtmöglichen Schaden zuzufügen.⁸² Beide Kammern des russischen Parlaments sowie zahlreiche Organisationen und Spitzenpolitiker forderten Lieferungen von Waffen (und vor allem S-300-Luftabwehrkomplexen) an die BRJ, damit, so Dumavorsitzender Gennadij Selesnjow (damals KPRF), die „jugoslawische Armee täglich 20 bis 30 NATO-Flugzeuge

⁷⁷ Gastbeitrag Iwanows in: Nezavisimaja Gazeta, 23.3.2000.

⁷⁸ Stellvertretend für viele vgl. z.B. Nezavisimaja Gazeta, 25.9.1999, S. 6.

⁷⁹ Krasnaja Zvezda, 8.12.1999, S. 3. Das Blatt weckt allerdings auch aus anderen Gründen Zweifel an der Ernsthaftigkeit seiner Berichterstattung: Es berichtete in einer Rubrik „Die Wahrheit ist irgendwo da draußen“ über angebliche UFO-Sichtungen.

⁸⁰ Zitiert nach Segodnja, 25.3.1999, S. 2.

⁸¹ Jelzin zitierte das in seinem „Mitternachtstagebuch“ – und räumte nur zwei Seiten später ein, dass es Milošević darum gegangen sei, Russland „in eine politische und militärische Konfrontation mit den westlichen Ländern zu treiben“. Zudem erinnerte er an die überaus emotionalen Demonstrationen in Moskau: „Vor der amerikanischen Botschaft tobte die Menge, Flaschen und Steine flogen gegen die Fenster ... Die Miliz kümmerte sich mehr um den Schutz der Demonstranten als um den der Botschaft“. Boris Jelzin: Mitternachtstagebuch. Meine Jahre im Kreml. Berlin, München 2000, S. 248, 250f, 254.

⁸² Gastkommentar in: Nezavisimaja Gazeta, 16.4.1999, S. 8.

vernichten kann“.⁸³ Wladimir Schirinowskijs LDPR wie auch die von der KPRF dominierte NPSR (ein Sammelbecken linker und nationalistischer Gruppierungen) machten sich sofort nach Beginn von „Allied Force“ an die Registrierung „Freiwilliger“, die im Kosovo gegen die Albaner und die NATO kämpfen sollten. Die Anwerbung von Söldnern ist nach dem russischen Strafgesetzbuch (Art. 359) mit drei bis sieben Jahren Freiheitsentzug bedroht. Von der Einleitung entsprechender Verfahren wurde allerdings nichts bekannt. Stattdessen meldete der „Rote Stern“, dass 18 000 Russen zum Kampf für Serbien bereit seien, und hohe Militärs signalisierten Bereitschaft, sich aktiv auf der Seite der BRJ zu engagieren. So erklärte der Kommandant des Fernöstlichen Militärbezirks, General Viktor Tschetschewatow (heute Kommandant der Akademie des Generalstabes), dass er ein russisches Kontingent „sowohl aus Freiwilligen als auch regulären Formationen der russischen Armee“ in der BRJ anführen wolle.⁸⁴

Die russische Regierungszeitung formulierte, dass man dem „NATO-Monster ... nur mit Gewalt widerstehen“ könne, da es eine andere Sprache nicht verstehe.⁸⁵ Nicht nur nationalistische und kommunistische, sondern auch „demokratische“ Medien verbreiteten Atom- und Weltkriegsszenarien. Felgenhauer meinte, dass Russland in einem „realistischen Szenario“ zwei oder drei Atombomben gegen die NATO-Truppen in Albanien einsetzen könnte. Der Westen solle sich hüten anzunehmen, dass Russland nur blufft.⁸⁶ Und: „Es könnte das letzte Mal sein, dass sich die Regierung Clinton verrechnet, bevor die Vereinigten Staaten in Rauch aufgehen“.⁸⁷ Die russischen Maßnahmen beschränkten sich jedoch auf die Entsendung des Aufklärungsschiffes „Liman“ in die Adria Anfang April 1999. Zu einem Einsatz weiterer Schiffe der Schwarzmeerflotte, der zeitweise im Raum gestanden war, kam es nicht. Dafür versorgten russische Geheimdienste Moskauer Medienberichten zufolge Belgrad mit aktuellen Daten über Startzeit, Flugrouten, Anzahl und Typen von NATO-Kampfflugzeugen, was die Abwehrmaßnahmen zweifellos erleichterte.⁸⁸

Im Westen bemühte man sich, die russischen Diskussionen über ein militärisches Eingreifen zu „überhören“. Sie fanden allerdings auf sehr hoher Ebene statt. So berichtete Arbatow, dass in den operativen Verwaltungen des Generalstabes, des Sicherheitsrates Russlands und den Krisenstäben im Außenministerium sowie in nichtöffentlichen Sitzungen der Staatsduma „ernsthafte Erörterungen der Aussichten eines militärischen Konfliktes mit der NATO“ geführt wurden.⁸⁹ Der bekannte Moskauer außen- und sicherheitspolitische Analytiker Dmitrij Trenin meinte, dass bei einer Fortdauer des Konflikts über Anfang Juni 1999 hinaus Russland die BRJ zumindest mit Waffen beliefert hätte. Damit wäre die NATO vor einem Dilemma gestanden: „Abfangen der russischen Transporte und auf einen Zusammenstoß mit einer Atommacht zusteuern oder sie durchlassen und sofort nach der Entladung zerstören. Auf diese Weise drohte der Welt im Juni 1999 ein Hineinschlittern in eine neue Variante der Kuba-Krise“.⁹⁰

Es ist wahrscheinlich, dass die NATO eher von der BRJ abgelassen hätte als auch nur ein kleines Risiko eines militärischen Zusammenstoßes mit Russland einzugehen. Das zeigte bereits der Umstand, dass ohne jede Absprache mit der NATO aus Bosnien kommende russische Truppen am 12. Juni 1999 den Flughafen Slatina bei Priština besetzen konnten. Der NATO-Oberbefehlshaber in

⁸³ Interview in: Berliner Zeitung, 26.4.1999, S. 5.

⁸⁴ Zitiert nach Izvestija, 27.3.1999, S. 1.

⁸⁵ Rossijskaja Gazeta, 16.4.1999, S. 4.

⁸⁶ Interview in: Profil, 16/1999, S. 115.

⁸⁷ Felgenhauer, zitiert in FAZ, 16.4.1999, S. 7.

⁸⁸ Vgl. z.B. Kommersant, 2.4.1999.

⁸⁹ Zitiert nach Aleksej Malašenko, Dmitrij Trenin: Vremja Juga. Rossija v Cecnje – Cecnja v Rossii. Moskva 2002, S. 173f.

⁹⁰ Dmitrij Trenin: Nenadežnaja strategija. In: Pro et Contra, Bd. 6, Nr.1–2 (Sommer-Frühjahr) 2001, S. 56.

Europa, US-General Wesley Clark, war durch die US-Aufklärung von dem russischen Handstreich informiert und wollte ein Kommandounternehmen einleiten, um den Flughafen für die NATO zu retten. Der britische Oberbefehlshaber der KFOR, General Michael Jackson, lehnte allerdings ab („I'm not going to start World War III for you.“).

In Russland ist bis heute die Auffassung verbreitet, dass „Allied Force“ ein „Präzedenzfall“ war und die NATO einen regionalen beziehungsweise ethnischen Konflikt in der GUS oder in Russland selbst zum Vorwand nehmen könnte, um dort direkt militärisch einzugreifen. Die Parole „Gestern Irak, heute Jugoslawien, morgen Russland“ war 1999 überaus populär. (Inzwischen heißt es „Gestern Jugoslawien, heute Irak, morgen Russland“.) Auch in ernstzunehmenden russischen Betrachtungen zur Sicherheitspolitik kann man folgende Sätze antreffen: „Der Krieg in Jugoslawien 1999 ... zwingt dazu, über die Wahrscheinlichkeit einer solchen Aktion gegen Russland und über ... Maßnahmen zur Verhinderung oder Abwehr einer solchen Aggression nachzudenken“.⁹¹ Dazu zählt offenbar auch die dargestellte konkrete Vorbereitung im Rahmen von Militärmanövern.

4. Russland und die Osterweiterung der NATO

4.1. Wandlungen der Moskauer Position

Anlässlich der offiziellen Auflösung des Warschauer Paktes unterzeichnete die UdSSR ein Kommuniqué, das „allen Staaten“ das Recht einräumte zu entscheiden, „ob sie Mitglieder eines Bündnisses sein wollen oder nicht. Die ... Freiheit der Wahl der einzelnen Länder wird respektiert“.⁹² Alexander Ruzkoj, der im September/Oktober 1993 an der Spitze des – schließlich gewaltsamen – Widerstandes gegen die von Jelzin verfügte Auflösung des Obersten Sowjets Russlands stand, würde heute wohl nur noch sehr ungern daran erinnert, dass er als russischer Vizepräsident bei einem Vortrag Ende November 1991 die NATO „Garant für die Stabilität ganz Europas“ titulierte und ihre Erweiterung „unausbleiblich“ nannte; langfristig sei es auch das Ziel Russlands, ihr beizutreten.⁹³ Jelzin äußerte sich um die gleiche Zeit ähnlich. Im August 1993 erklärte er noch in Warschau, nichts gegen eine NATO-Mitgliedschaft Polens zu haben, was auch Eingang in eine polnisch-russische Erklärung fand. Einige Wochen später zog der Präsident diese indirekte Zustimmung zu einer NATO-Osterweiterung in einem Schreiben an die Führungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands wieder zurück. Nun hieß es plötzlich, dass diese gegen den „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ („Zwei-plus-Vier-Vertrag“) vom September 1990 verstoße.⁹⁴ Seit damals lehnt Moskau eine Ausdehnung der NATO nach eigenem Bekunden „scharf“, „grundsätzlich“, „prinzipiell“ und „kategorisch“ ab. Dies markierte das definitive Ende der sogenannten „romantischen Periode“ der russischen Beziehungen zum Westen und eine wichtige Etappe bei der Herausbildung des „patriotischen Konsenses“ (vgl. Kap. 2.1.): Jelzin hatte die Position seiner nationalistischen und kommunistischen Kritiker in der NATO-Frage weitgehend übernommen. Seine Hoffnungen, ihnen damit weniger unsympathisch zu erscheinen, erfüllten sich allerdings nicht.

⁹¹ Strategija dlja Rossii: Povestka dnja dlja prezidenta-2000. Sovet po vnešnej i oboronnoj politike. Moskva 2000, S. 131.

⁹² Zitiert nach Archiv der Gegenwart, 25.2.1991.

⁹³ Zitiert nach Wiener Zeitung, 27.11.1991, S. 3.

⁹⁴ Dieser Vertrag sieht allerdings (in Art. 5) nur vor, dass auf dem Gebiet der früheren DDR nach einem Abzug der – damals noch sowjetischen – Streitkräfte keine „fremden“ Truppen und Kernwaffen stationiert werden dürfen; über die mögliche Aufnahme osteuropäischer Länder in die NATO wird nichts ausgesagt.

4.2. Russische Kritik an der sowjetischen Politik

In der russischen Öffentlichkeit (und auch in offiziellen Zeitungen) wurde immer wieder der angeblich zu schnelle Abzug (oder der Abzug als solcher) der sowjetischen beziehungsweise russischen Truppen aus den früheren Mitgliedsländern des Warschauer Paktes kritisiert, der eine NATO-Erweiterung überhaupt erst möglich gemacht habe.⁹⁵ Der sowjetischen Führung unter Michail Gorbatschow – und insbesondere dem damaligen Außenminister und jetzigen georgischen Präsidenten Eduard Schewardnadse⁹⁶ – wird bis heute angelastet, vor der NATO „kapituliert“ und von den ostmitteleuropäischen Staaten bei der Auflösung des Warschauer Paktes keine schriftlichen Verpflichtungen zur Neutralisierung etwa nach dem Vorbild Österreichs und kein Verbot des Anschlusses an ein anderes Militärbündnis verlangt zu haben. Nach wie vor betonen russische Funktionäre, dass sie einen Gürtel neutraler Staaten jenseits der Westgrenzen der früheren UdSSR einer NATO-Osterweiterung klar vorgezogen hätten.⁹⁷ Im Rahmen dieses (gescheiterten) Konzepts sind auch die russischen Bemühungen zu sehen, Österreich von einem NATO-Beitritt abzuhalten (vgl. Kap. 2.8.).

4.3. Kritik an der NATO-Osterweiterung

Wiederkehrende westliche Versicherungen, dass Sicherheit in Europa ohne Russland „nicht denkbar“ und die NATO-Osterweiterung nicht gegen dieses gerichtet sei, haben nicht dazu beigetragen, dem Bündnis ein besseres Image zu verschaffen. Das oft zu hörende Argument westlicher Politiker, dass die zweite Welle der NATO-Erweiterung in Ostmitteleuropa Stabilität sichere, die auch im Moskauer Interesse liegen müsse, wird in Russland nicht ernst genommen. Russische Offizielle mit dem Präsidenten und den Ministern für Äußeres und Verteidigung an der Spitze legten auch im Jahr 2002 stets Wert auf die Feststellung, dass sie jegliche NATO-Osterweiterung nach wie vor prinzipiell ablehnen. Es gibt keinen irgendwie bedeutenden russischen Politiker, der ihr auch nur indifferent gegenüberstehen würde (von einer Billigung ganz abgesehen). Moskauer Vertreter verwahren sich auch immer wieder explizit gegen den Eindruck, dass eine gewisse Kooperation mit der NATO eine (und sei es indirekte) Zustimmung zu ihrer Osterweiterung bedeutet. Gleichzeitig ist unübersehbar, dass zumindest die offiziellen russischen Stellungnahmen anlässlich der zweiten Osterweiterung nicht mehr so emotional wie im Umfeld der (1997 beschlossenen und 1999 umgesetzten) ersten Welle ausfielen. Dennoch wird regelmäßig besorgt auf die Möglichkeit des Aufbaus von Militärbasen der NATO oder einer Stationierung von Massenvernichtungswaffen „an den russischen Grenzen“ hingewiesen. Dem steht allerdings keinerlei westliche Beunruhigung über das an der Grenze zur NATO (und vor allem in der Exklave Kaliningrad) konzentrierte russische Militärpotenzial gegenüber.

Russische Drohungen mit Wirtschaftssanktionen und sogar militärischer Gewalt für den Fall der NATO-Ausdehnung lösten in Ostmitteleuropa weder Besorgnis noch größere Bereitschaft aus, Moskauer Anliegen vermehrt Rechnung zu tragen. Im Gegenteil fühlten sich diese Länder in ihrem Kurs noch bestätigt. Russland hat die Allianz selbst immer weit heftiger verbal angegriffen als die

⁹⁵ Vgl. z.B. Rossijskaja Gazeta, 2.4.1997, S. 7; Nezavisimaja Gazeta, 7.5.1997, S. 1.

⁹⁶ Es ist ein offenes Geheimnis, dass Moskau Schewardnadse so bald wie möglich loswerden und durch einen (noch) prorussischeren Präsidenten ersetzt sehen möchte. Schewardnadse hat sich in Russland auch durch die Verkündung des Ziels eines NATO-Beitritts Georgiens unbeliebt gemacht. Es ist allerdings in der überschaubaren Zukunft ohnedies gänzlich unrealistisch – vor allem deswegen, weil sich Russland nicht beeilt, seine georgischen Militärstützpunkte endgültig aufzulösen und die Regierung in Tbilisi nur einen Teil des Landes kontrolliert: Abchasien und Südossetien sind in den Händen prorussischer Separatisten. Unmittelbar nach „Allied Force“ wurde es in der russischen Presse als wahrscheinlich oder sogar als bereits beschlossen dargestellt, dass die NATO Abchasien für Georgien zurückerobern könnte. Tatsächlich handelt es sich hier um ein geradezu bizarres Szenario. Die Befassung mit ethnopolitischen Konflikten in der früheren UdSSR steht generell nicht auf der Tagesordnung der NATO. Ihre Vertreter betonen, dass das Angelegenheit der OSZE sei.

⁹⁷ Vgl. z.B. die Aussagen Nikolajew in: Vremja Novostej, 21.11.2002, S. 4.

ostmitteleuropäischen Beitrittswerber. Die Ursache dafür war, dass es diesen die Unabhängigkeit und Freiheit ihres Entschlusses, sich der NATO anzuschließen, absprach und stattdessen dem Westen unterstellte, sie dazu „gedrängt“ zu haben.

Im „Founding Act“ 1997 gemachten Zusicherungen der NATO, in neuen Mitgliedsländern keine Atomwaffen und ständige Truppenkontingente stationieren zu wollen, glaubt Moskau nicht recht: Während der Verhandlungen über die deutsche Einheit (1990) sei mündlich zugesichert worden, dass die NATO nicht erweitert werde, und einige Jahre später geschehe es doch. Daher sei den Behauptungen der NATO, dass sie niemanden bedrohe, nicht zu trauen.⁹⁸ In den neuen ostmitteleuropäischen NATO-Mitgliedsländern könnten, so fürchtet Moskau, „jeden Moment“ Truppen der Allianz auftauchen.⁹⁹ Selbst übernahm es keinerlei Beschränkungen bei der Stationierung von Streitkräften in seinem westlichen und südlichen GUS-Vorfeld; sie waren von der NATO auch nicht gefordert worden. Das strategische Ziel Russlands war und ist es, das Ausmaß der Integration der ostmitteleuropäischen NATO-Mitglieder in die Allianz möglichst gering halten und auch beim Aufbau neuer Kommunikationsanlagen und Luftverteidigungssysteme in diesen Ländern mitzureden.¹⁰⁰

Die russische Kritik an der NATO ist mitunter inkonsistent: Einerseits heißt es, dass sich die „Militärmaschine“ NATO drohend auf die russischen Grenzen zubewege; andererseits behauptete nicht nur der bekannte Politikberater Wjatscheslaw Nikonow, Chef des Moskauer Think Tanks „Reforma“ und Enkel von Josef Stalins Ministerpräsident und Außenminister Wjatscheslaw Molotow, Anfang Juli 2002, dass das Bündnis mit seiner zunehmenden geographischen Ausdehnung militärisch immer schwächer werde.¹⁰¹ In einem solchen Fall müsste Moskau die NATO-Erweiterung allerdings begrüßen.

4.4. Zum Prager NATO-Gipfel

Putin hatte von Anfang an zu verstehen gegeben, nicht zum Prager NATO-Gipfel am 21./22. November 2002 anreisen und die russische Delegation von Außenminister Iwanow leiten lassen zu wollen. Der Grund war offensichtlich: Putin wollte nicht durch seine Anwesenheit „die Osterweiterung der NATO absegnen“.¹⁰² In Prag (wo 1991 der Warschauer Pakt offiziell aufgelöst worden war) wurden dann die Einladungen an Rumänien, Bulgarien, Slowenien, die Slowakei und Estland, Litauen und Lettland zum NATO-Beitritt bekannt gegeben, der im Mai 2004 vollzogen werden könnte.

Bei seiner Abschlusspressekonferenz wurde Robertson von zwei jungen Männern mit Tomaten beworfen. Die Mitglieder der ebenso kleinen wie radikalen „National-bolschewistischen Partei“ des derzeit wegen des Verdachts terroristischer Betätigung vor Gericht stehenden russischen Autors Eduard Limonow, die als Journalisten akkreditiert worden waren, riefen dabei „Nein zur NATO-Osterweiterung“ und „Die NATO ist schlimmer als die Gestapo“. Die tschechischen Behörden sahen in diesem Verhalten keinen Grund für Ausweisung oder gar Verhaftung. Dagegen pflegt man in Russland in solchen Fällen Härte: Einer der beiden Männer, Dmitrij Bachur, hatte für seine 1999

⁹⁸ Vgl. z.B. den Gastkommentar Iwaschows in: *Nezavisimoe Voennoe Obozrenie*, 26/1998, S. 7.

⁹⁹ So Oberst Nikischin, Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, bei dem Seminar „Die regionale Sicherheit und die Osterweiterung der NATO. Folgen für die baltischen Länder, Skandinavien und die Grenzzone der Russländischen Föderation“ im Oktober 2002 in Pskow (Russland), zitiert nach *Vremja MN*, 24.10.2002, S. 3.

¹⁰⁰ Nach *Der Spiegel*, 17/1998, S. 76.

¹⁰¹ Nach Francesca Mereu: *Russia: Analysts Pessimistic About NATO Enlargement*, NATO Council. In: RFE/RL (online), 11.7.2002.

¹⁰² *Vremja Novostej*, 27.9.2002, S. 1.

mit Eiern ausgeführte Attacke auf den bekannten Filmregisseur Nikita Michalkow mit vier Monaten Gefängnis büßen müssen.

4.5. UNO und OSZE statt NATO

Moskau bemüht sich konsequent, die Bedeutung der NATO für die globale und europäische Sicherheit so gering wie möglich zu halten, und besteht darauf, dass die UNO sowie die – bekanntlich über keinerlei Militärorganisation verfügende – OSZE (wo es jeweils ein Vetorecht hat) Hauptforen für entsprechende Entscheidungen sein müssen. Derartige Ansätze waren und sind auch im Westen populär, auch wenn sie auf eine Unterstellung der NATO unter den UNO-Sicherheitsrat – und damit das russische Außenministerium – hinauslaufen. Verteidigungsminister General Igor Rodionow wollte 1996 die Aufgaben der NATO überhaupt auf die Durchführung von Peacekeeping-Operationen auf der Grundlage von UNO- und OSZE-Mandaten reduziert sehen.¹⁰³

Gerade KSZE- beziehungsweise OSZE-Dokumente lassen sich gegen die russischen Versuche ins Treffen führen, eine NATO-Mitgliedschaft ostmitteleuropäischer Länder zu verhindern. So heißt es in einer Deklaration, die am KSZE-Gipfeltreffen in Budapest Ende 1994 verabschiedet wurde: „The participating States each have the sovereign right to belong or not to belong to international organizations, and to be or not to be a party to bilateral treaties, including treaties of alliance“.¹⁰⁴ Ähnlich lautete ein am OSZE-Gipfeltreffen in Lissabon Ende 1996 beschlossenes Dokument: Es bekräftigte „das ureigene Recht eines jeden Teilnehmerstaates, seine Sicherheitsvereinbarungen *einschließlich von Bündnisverträgen* frei zu wählen oder diese im Laufe ihrer Entwicklung zu verändern. Jeder Teilnehmerstaat wird diesbezüglich die Rechte aller anderen achten“.¹⁰⁵

4.6. Der Faktor Belarus

Lukaschenko, der sich immer wieder noch schärfer als Moskau gegen die NATO gewandt hat, wollte sich selbst zum Prager NATO-Gipfel einladen, doch Tschechien verweigerte ihm das Visum. Daraufhin drohte Minsk, die diplomatischen Beziehungen abubrechen und bis dahin in Belarus festsitzende Flüchtlinge vor allem aus asiatischen Ländern ungehindert über die Grenze in das NATO-Mitgliedsland Polen ziehen zu lassen. Zudem verglich Lukaschenkos ehemaliger Chefideologe Wladimir Sametalin Tschechien mit einer „Prostituierten, die sich an die NATO verkauft hat“.¹⁰⁶

Russland will auf die Osterweiterung der NATO mit einer „Westerweiterung“, also einer Forcierung der „Integration“ mit Belarus, reagieren. Der Modus ist allerdings bisher strittig: Lukaschenko lehnte eine einfache Angliederung seines Landes an Russland auf der Grundlage der geltenden russischen Verfassung im August 2002 empört ab. Er verlangt die Schaffung von den derzeitigen Führungen von Russland und Belarus übergeordneten staatlichen Organen, welche ihm bedeutende Einflussmöglichkeiten auch auf die russische Politik geben würden. Solche dürfte ihm Putin allerdings kaum einräumen. Dennoch ist aus russischer Sicht eindeutig: „Russland und Weißrussland müssen sich ... zusammenschließen – unabhängig von der Stimmung der jetzigen

¹⁰³ Nach Itogi, 8.10.1996, S. 16.

¹⁰⁴ Zitiert nach Peter Schmidt: Stand und Perspektiven der NATO-Erweiterung. Kritik der Kritik. In: Erich Reiter (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1997. Graz, Wien, Köln 1997, S. 258.

¹⁰⁵ Zitiert nach ÖMZ, 1/1997, S. 78f. Hervorhebung vom Autor.

¹⁰⁶ Zitiert nach Vremja MN, 21.11.2002, S. 3.

Führer. Das ... erfordert die Geostrategie. Andernfalls können wir gar nicht so schnell schauen, steht die NATO bei Smolensk“.¹⁰⁷

4.7. Die Rolle der baltischen Staaten

Die Militärzeitung „Roter Stern“ drohte 1998 für den Fall eines NATO-Beitritts der baltischen Staaten mit einem „Komplex konkreter Aktionen auf den Gebieten Politik, Wirtschaft und Militär“ und spielte auf Wirtschaftssanktionen an. Dazu kämen eine verstärkte Militärpräsenz in der nord-westlichen Region Russlands mit Stationierung von taktischen Kernwaffen entlang der Grenzen zu den baltischen Staaten, der Austritt aus dem VKSE oder die Missachtung einzelner seiner Bestimmungen, eine Revision von Militärdoktrin und Militärreform sowie die Rückkehr zum Kalten Krieg.¹⁰⁸

All das wollte die NATO vermeiden. Ihr Prager Beitrittsangebot an die drei baltischen Staaten war daher lange keineswegs gesichert gewesen. Jahrelang hatte es so ausgesehen, als wäre dem Bündnis ein „gutes Verhältnis“ zu Moskau wichtiger als die Wünsche der militärisch und politisch schwachen Balten. Die NATO-Einladung an sie wurde denn auch in Russland naturgemäß besonders heftig kritisiert. Überraschend vermochte ihr jedoch Sergej Jastrschembskij, der Hauptverantwortliche des Kreml für die „Informationskriegführung“ nicht nur im Tschetschenienkrieg, doch etwas Positives abzugewinnen: Nun „muss“ sich der „Status der Russischsprachigen“ vor allem in Estland und Lettland, die nach Moskauer Auffassung diskriminiert werden, ändern.¹⁰⁹ Jastrschembskij geht somit davon aus, dass ausgerechnet die Mitgliedschaft in der von ihm entschieden nicht geschätzten NATO dazu führen könnte, dass die baltischen Regierungen sich gegenüber den Moskauer Forderungen zugunsten der „Russischsprachigen“ öffnen. Die gleiche Tendenz enthielt eine am 24. Dezember 2002 verabschiedete Resolution der Staatsduma. Diese Hoffnung ist tatsächlich nicht unbegründet: Die Allianz hat sich bereits in der Vergangenheit zeitweise für die Anliegen der „Russischsprachigen“ eingesetzt.

Seit Frühjahr 2002 erhebt Moskau immer nachdrücklicher die Forderung, dass Estland, Lettland und Litauen dem VKSE beitreten sollten – auch wenn ihn Russland (nach eigenem Eingeständnis) wegen der seit September 1999 andauernden zweiten Intervention in Tschetschenien mit ihren 80 000 bis 100 000 Beteiligten selbst nicht einhält. Natürlich fürchtet Russland nicht die kleinen Armeen der baltischen Staaten, die über praktisch keine schweren Waffen verfügen, sondern die Möglichkeit, dass die NATO „ihre Hauptkontingente im Baltikum, direkt bei Pskow, stationiert“.¹¹⁰ Das soll mit einer VKSE-Mitgliedschaft der Balten verhindert werden. Russland hat das auch bei den Sitzungen des NRC thematisiert, aber Robertson und US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sehen (zumindest bis jetzt) keinen Zusammenhang mit der NATO-Osterweiterung. Dagegen sind mehrere NATO-Staaten – so Italien und Spanien – dafür, Moskau (auch) in dieser Frage entgegenzukommen.¹¹¹

Litauens Verteidigungsminister Linas Linkevicius erinnerte in einem Interview für eine russische Zeitung Anfang Oktober 2002 daran, dass bisher noch nicht alle VKSE-Teilnehmer die Vertragsänderungen von 1999 ratifiziert haben. Er glaube jedoch, dass Litauen dem VKSE „bald“

¹⁰⁷ Komsomolskaja Pravda (online), 27.8.2002.

¹⁰⁸ Krasnaja Zvezda, 25.6.1998, S. 3.

¹⁰⁹ Gastkommentar in: Izvestija, 20.11.2002, S. 10.

¹¹⁰ Novye Izvestija, 22.10.2002, S. 2.

¹¹¹ Vgl. Izvestija, 26.9.2002, S. 2.

beitreten werde.¹¹² Allerdings stellt sich die Frage, warum sich die NATO – wenn sie denn wirklich jene „aggressive“ und grundsätzlich „verbrecherische“ Organisation ist, für die man sie in Russland hält – sich vom VKSE einfach „an die Leine legen“ lassen sollte.

¹¹² Interview in: Nezavisimoe Voennoe Obozrenie, 36/2002, S. 4.

5. Kooperation

5.1. Russische Mitsprache in der NATO

In Ostmitteleuropa, vor allem aber im Baltikum gilt die NATO überwiegend als „Versicherung“ gegenüber einem nach wie vor als unberechenbar wahrgenommenen Russland. Dieses sitzt aber schon seit der Schaffung des PJC 1997 am Tisch des Bündnisses, und dessen Vertreter versichern ständig, dass es keinerlei Feindschaft gegenüber Russland gäbe. Die NATO steuert somit offenbar ein Konzept „Sicherheit *mit* Russland“ an – und nicht „Sicherheit *vor* Russland“, wie es wohl vor allem die Balten bevorzugen würden.

5.1.1. „Founding Act“ und PJC

Moskau war es bereits ab 1994, vor allem aber seit 1995 darum gegangen, einen verbindlichen Mechanismus zu schaffen, über den es seine Interessen gegenüber und in der Allianz artikulieren und so weit wie möglich durchsetzen kann.¹¹³ Bei den Verhandlungen um den „Founding Act“ waren nach dem Eindruck einer Moskauer Zeitschrift „die Anstrengungen der russischen Politiker darauf gerichtet, ein Maximum an Zugeständnissen des Westens herauszuholen und dabei dessen Unwillen auszunutzen, eine schwere Krise in den Beziehungen zu Russland zu bekommen“.¹¹⁴

Die Reaktionen auf den „Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security“ waren im Westen praktisch einhellig positiv bis euphorisch, während in Russland skeptische bis ablehnende Stimmen dominierten. So meinte Rodionow, dass die NATO in Russland „immer ein bestimmtes Unverständnis und Feindseligkeit auslösen“ werde, und der Vorsitzende des Dumausschusses für Sicherheit, Viktor Iljuchin (KPRF), sah einen „Verrat der nationalen Interessen Russlands“.¹¹⁵ Schirinowskij verglich das Dokument mit dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 (und die NATO mit Hitlerdeutschland): „Wir schlossen damals einen Nichtangriffspakt, und was passierte zwei Jahre später? Ein Direktangriff!“¹¹⁶ Die positiveren russischen Stimmen, so etwa der Jelzin-Berater Sergej Kortunow, hoben hervor, dass sich Russland mit dem „Founding Act“ einen wichtigen Platz in der NATO gesichert habe. Während die ostmitteleuropäischen Mitgliedswerber noch bis 1999 warten müssten, um an der Entscheidungsfindung im Bündnis beteiligt zu werden, könne Russland ab sofort in seinem Sinne intervenieren.¹¹⁷

Der „Founding Act“ war eine politische Deklaration und kein im völkerrechtlichen Sinne verbindlicher Vertrag, da ein solcher vom russischen Parlament keinesfalls ratifiziert worden wäre. Das Dokument enthielt mehrere nicht näher bestimmte und dehnbare Formulierungen. Der „Kampf verschiedener Interpretationen“¹¹⁸ begann bereits vor der Unterzeichnung des „Founding Act“: Es wurde sofort klar, dass Moskau die Kompetenzen des PJC extensiv auszulegen gedachte. Jelzin sagte, dass Russland nun jede Entscheidung der NATO blockieren könne, mit der es nicht einverstanden sei. Das wurde von NATO-Generalsekretär Solana, US-Präsident Bill Clinton und seiner Außenministerin Madeleine Albright bestritten, und tatsächlich heißt es im „Founding Act“, dass er der NATO und Russland keinerlei Vetorecht in inneren Angelegenheiten der jeweils

¹¹³ So die Regierungszeitung *Rossijskaja Gazeta*, 3.7.1997, S. 7.

¹¹⁴ *Novoe Vremja*, 11/1997, S. 31.

¹¹⁵ Zitiert nach *Segodnja*, 16.5.1997, S. 3.

¹¹⁶ Zitiert nach *Die Presse*, 22.5.1997, S. 4.

¹¹⁷ *Nach Osteuropa*, 2/1998, A 52.

¹¹⁸ So Jelzins damaliger Pressesprecher Sergej Jastrschembskij, zitiert nach APA198, 20.5.1997.

anderen Seite einräumt und die jeweiligen Rechte auf unabhängige Entscheidungsfindung und selbständiges Handeln nicht beeinträchtigt. Jelzin bekräftigte jedoch mit einer Drohung die russische Absicht, auf Entscheidungen der NATO Einfluss zu nehmen: „Wenn die NATO Beschlüsse fasst, ohne die russische Meinung in Betracht zu ziehen, werden wir unsere Beziehungen mit der Allianz überprüfen müssen“.¹¹⁹

Der bekannte Politologe Sergej Rogow, Direktor des USA-und-Kanada-Instituts der Russländischen Akademie der Wissenschaften, meinte zum „Founding Act“, dass alle Aktivitäten der NATO unter Einsatz von Gewalt – mit Ausnahme der Verteidigung bei einer seiner Meinung nach „äußerst unwahrscheinlichen“ Aggression gegen das Bündnis – nun mit Russland „abgestimmt“ werden müssten. Folglich „entziehen wir dem Westen die ‘Freiheit der Hände’ und machen etwa so einseitige Aktionen wie die Bombardements der bosnischen Serben 1995 (vor denen die NATO den Serben eine Liste der Ziele übergab, Anm. d. Verf.) unmöglich“.¹²⁰ Diese Prognose stellte sich bald als falsch heraus: Die NATO startete „Allied Force“ bekanntlich, ohne Russlands Meinung zu berücksichtigen (vgl. Kap. 3.2.).

Im PJC, der am 18. Juli 1997 zum ersten Mal zusammentrat, wurden innerhalb von drei Jahren folgende Themen behandelt:¹²¹ Die Lage auf dem Westbalkan; Treffen militärischer Repräsentanten unter den Auspizien des PJC; Maßnahmen zur Förderung von Kooperation, Transparenz und Vertrauen zwischen der NATO und Russland; Beiträge der NATO und Russlands zur Sicherheit in der euro-atlantischen Region und die Rolle des PJC dabei; Maßnahmen in Politik und Verteidigung gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen; Atomwaffen; Strategien und Doktrinen der NATO und Russlands; Peacekeeping; Abrüstung und Rüstungskontrolle; Suche und Rettung auf See; Umschulung von Offizieren; Terrorbekämpfung; verteidigungsbezogene Wissenschaftskooperation; verteidigungsbezogene Umweltfragen; Katastrophenschutz.

Russland maß die Kooperationsbereitschaft der NATO ihm gegenüber auch und gerade daran, wieweit ihm im PJC ein effektives Mitspracherecht bei Entscheidungen des Bündnisses eingeräumt wurde. Die russische Seite versuchte konsequent, die Befugnisse des Rates – und damit ihre Eingriffs- und Interventionsmöglichkeiten in die inneren Angelegenheiten der NATO – auszuweiten. So trachtete es, dem Gremium die politische Führung der SFOR-Mission in Bosnien-Herzegowina zu übertragen, weil daran auch russische Soldaten beteiligt sind. Zudem nutzte Russland den PJC, um finanzielle Forderungen vorzutragen: So wollte es westliche Finanzhilfe für 500 000 vorzeitig ausscheidende Militärs lukrieren, und dann verlangte es Geld vom Westen, weil es andernfalls die vertraglichen Verpflichtungen zur Zwischenlagerung und Vernichtung seiner Chemiewaffen nicht erfüllen könne.¹²² Vor allem aber wollte Russland über den PJC in seinem Sinne auf die Begleitumstände der NATO-Osterweiterung – wenn diese schon nicht zu verhindern sein sollte – einwirken.¹²³

Auch angesehene westliche Medien behaupteten nach der Einigung auf den „Founding Act“, dass Moskau damit einer Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO zugestimmt habe.¹²⁴ Diese Einschätzung entbehrte allerdings jeder Grundlage. Russische Vertreter haben vor und nach der Unterzeichnung des Dokuments keinen Zweifel daran gelassen, dass es – ebenso wie alle sonstigen

¹¹⁹ Zitiert nach APA132, 19.5.1997.

¹²⁰ Sergej Rogow: Rassirenje NATO i Rossija. In: Morskoj Sbornik, 7/1997, S. 18.

¹²¹ Nach NATO Handbook, a.a.O., S. 83f.

¹²² Vgl. ÖMZ, 1/1998, S. 73f. Inzwischen ist längst klar, dass Moskau die entsprechenden Fristen nicht einhalten wird.

¹²³ Vgl. z.B. Aleksej Denisov (= Leiter der Verwaltung für Informationssicherheit des Sicherheitsrates Russlands): Informacionnoe oružie NATO. In: Orientir, 2/1998, S. 11.

¹²⁴ Vgl. z.B. die Schlagzeile der International Herald Tribune, 15.5.1997: „Russia Agrees to NATO Expansion“.

Verhandlungen, Verträge, gemeinsame Initiativen, Missionen, Übungen, Manöver und finanzielle Unterstützungen – ihre grundsätzlich ablehnende Haltung zur NATO-Osterweiterung nicht ändern kann. Der „Founding Act“ solle, so wurde in Moskau immer wieder betont, lediglich den Schaden für die eigenen nationalen Interessen minimieren, den eine größere NATO zwangsläufig mit sich bringen werde.

Ohne die Pläne zur NATO-Erweiterung hätte es sehr wahrscheinlich nie einen „Founding Act“ und damit einen PJC gegeben. Damit konnte Moskau von der Ausdehnung der Allianz bereits vor deren definitivem Vollzug profitieren. Die NATO kam russischen Forderungen entgegen, ohne eine Zustimmung Moskaus zu einer Osterweiterung zu erhalten oder auch nur zu verlangen. Damit ergab sich die interessante Situation, dass Russland für seinen fortgesetzten Widerstand gegen die Aufnahme neuer Mitglieder in eine Organisation, der es selbst nicht angehört, mit einer „Stimme“ ebendort belohnt wurde.

5.1.2. „A New Quality“ und NRC

Nach den Terroranschlägen in New York und Washington am 11. September 2001 stellte sich Putin – ungeachtet einiger Kritik von Kommunisten, Nationalisten und Militärs – verbal auf die Seite der von den USA angeführten „Koalition gegen den Terror“. Daher glaubte man sich in der NATO, wo vor allem Deutschland ein prorussisches Lobbying betrieben hatte, zu einer „Entschädigung“ Moskaus veranlasst. Das trug maßgeblich zur einer „neuen Qualität der Beziehungen“ bei, die sich konkret in erweiterten Mitbestimmungsmöglichkeiten Moskaus in der Allianz ausdrückte.

Am 28. Mai 2002 wurden auf einer Luftwaffenbasis südlich von Rom ein Kooperationsprogramm der „Gruppe der 20“ (der 19 NATO-Mitglieder plus Russland), „NATO-Russia Relations: A New Quality. Declaration by Heads of State and Government of NATO Member States and the Russian Federation“ und ein Dokument über die Funktionsweise des neuen NRC, der den PJC ersetzte, unterschrieben. Im NRC sollen die 20 Staaten „als gleichrangige Partner in Fragen von gemeinsamem Interesse arbeiten“. Als solche wurden angeführt: Terrorbekämpfung, Krisenbewältigung, Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen, Luftverteidigung am Gefechtsfeld, Monitoring der Erfüllung des Rahmendokuments NATO-Russland über die Rettung von in Not geratenen U-Boot-Besatzungen, Zusammenarbeit in Fragen der Militärreform, zivile Notsituationen und schließlich „neue Bedrohungen und Herausforderungen“.¹²⁵

Der PJC war in Russland immer als „Diskussionsklub“ kritisiert worden, der Moskau keinen realen Einfluss auf die NATO gäbe; es werde von den 16 beziehungsweise ab 1999 19 NATO-Mitgliedern nur über schon getroffene Entscheidungen informiert. Nun nimmt Russland direkt an der Fassung von NATO-Beschlüssen teil: Im NRC soll das Einstimmigkeitsprinzip herrschen. Moskau kann ihm somit nicht genehme Entscheidungen blockieren. Eine russische Wochenzeitung konstatierte, dass „Moskau das Recht erreicht hat, dass seine Stimme bei der Lösung einer Reihe prinzipieller Fragen mit den anderen ständigen Mitgliedern der Allianz gleichrangig gehört wird. Zweitens ist es gelungen, den sogenannten NATO-Konsens zu zerschlagen, gegen den Russland viele Jahre lang erfolglos gekämpft hat“.¹²⁶

Allerdings bemängelten zahlreiche russische Medien und Politikberater unverzüglich, dass die NATO-Staaten Fragen, in denen keine Einigkeit zu erzielen ist, von der Tagesordnung des NRC nehmen und wieder ohne Russland entscheiden könnten. Das bedeutet aus russischer Sicht, dass das

¹²⁵ NATO-Russia Relations: A New Quality. Declaration by Heads of State and Government of NATO Member States and the Russian Federation. Rome, Italy, 28 May 2002. Online-Dokument: <www.nato.int/docu/basic/txt/b020528e.htm> (abgerufen 10.7.2002).

¹²⁶ Itogi, 4.6.2002, S. 15.

allgemeine Vetorecht in sämtlichen NATO-internen Angelegenheiten nicht erreicht wurde. Daher gibt es keinen Zweifel, dass Moskau in Zukunft konsequent auf (noch) mehr Einfluss in der NATO drängen wird. Das machte etwa eine russische Zeitung klar: „Es ist zu erwarten, dass mit der Zeit die Liste der diskutierten Themen erweitert wird. Auf jeden Fall beabsichtigt Russland nicht, beim schon Erreichten stehen zu bleiben“.¹²⁷ Mit jeder Ausweitung der Befugnisse des NRC würde auch die Anzahl der Themenkreise steigen, in denen Russland ein Vetorecht geltend machen kann. Die Osterweiterung und interne Fragen der NATO kommen in „A New Quality“ nicht vor. Dennoch verlangten die russischen Vertreter bei der Sitzung des NRC am 19. Juli 2002 ein Mitspracherecht bei der Osterweiterung,¹²⁸ womit diese wohl unmöglich würde.

Anlässlich der Neuordnung der Beziehungen zwischen der NATO und Russland Mitte 2002 zeigten sich die gleichen Reflexe wie fünf Jahre zuvor beim „Founding Act“: Die Unterzeichnung der Römer Dokumente wurde im Westen vielfach (wie schon oft seit der „Wende“ in Ostmitteleuropa 1989) als „Ende des Kalten Krieges“ begrüßt. Robertson sprach von „gemeinsamen Werten und Interessen“ mit Russland, die es zu verteidigen gelte, und der britische Außenminister Jack Straw glaubte, dass „now Russia becomes our friend and ally“.¹²⁹ In Russland fielen die politischen und öffentlichen Reaktionen auf die Römer Dokumente dagegen mehrheitlich skeptisch bis ablehnend aus. So stieß der Umstand auf Kritik, dass der NRC unter dem Vorsitz des NATO-Generalsekretärs tagen soll. Vor allem aber wurde bald nach der Einrichtung des NRC wieder die Beschwerde erhoben, dass er nur ein „Diskussionsklub“ sei, der Russland keinen realen Einfluss auf die NATO gebe.¹³⁰

5.2. Hindernisse für die PfP

Russland hegte zum Zeitpunkt des formalen Beitritts zur PfP im Juni 1994 (im Mai 1995 wurde ein individuelles Partnerschaftsprogramm unterzeichnet) noch die Hoffnung, dass das Programm die Osterweiterung der NATO aufschieben oder sogar überhaupt ersetzen könnte. Das stellte sich bald als unzutreffend heraus. Russland hat dann nie wirklich engagiert an der PfP mitgewirkt. Ein Grund dafür war, dass es der NATO nicht mehr Bedeutung in der internationalen Sicherheitspolitik verleihen wollte als unbedingt notwendig. Zudem befürchtete es, dass eine erhöhte Beteiligung an der PfP als – und sei es indirekte – Billigung der NATO-Osterweiterung ausgelegt werden könnte. Oft wurden Russland Einladungen zu PfP-Manövern angetragen, die es ablehnte, um dann ihre „antirussische Ausrichtung“ zu kritisieren. Mit seiner Absage der Teilnahme an der Antiterror-Übung „Best Effort 2002“ im Juni 2002 in Georgien wollte Moskau gegen eine – und sei es zeitweilige – Präsenz von NATO-Militärs in der früheren UdSSR protestieren. Der Leiter des NATO-Informationsbüros in Moskau, der deutsche Diplomat Rolf Welberts, machte auf ein weiteres Problem aufmerksam: Die PfP habe mit vielen Staaten funktioniert – doch „mit den Russen klappte die Zusammenarbeit nicht. Ihnen lag daran, dass nur für sie allein ein Rahmen für eine Zusammenarbeit geschaffen wurde, um ihre besondere Stellung in Europa geltend zu machen“.¹³¹

Die wohl effektivste PfP-Initiative mit russischer Beteiligung des Jahres 2002 war eine dreitägige Zivilschutzübung Ende September in Noginsk (70 Kilometer östlich von Moskau), wo ein

¹²⁷ NATO budet priplacivat' Moskve za pokladistost'. In: <www.gazeta.ru>, 28.5.2002.

¹²⁸ Nach Kommersant'', 29.8.2002, S. 6.

¹²⁹ Zitate nach The Moscow Times, 15.5.2002, S. 1.

¹³⁰ Vgl. z.B. den Gastkommentar Arbatows in: Nezavisimaja Gazeta, 18.11.2002, S. 12.

¹³¹ Interview in: Moskauer Deutsche Zeitung, 18 (89) September 2002, S. 3.

Terroranschlag auf eine chemische Fabrik und seine Abwehr simuliert wurden. 1200 Personen aus Russland, den NATO-Staaten und anderen PFP-Teilnehmern (darunter Österreich mit Beamten des Innenministeriums) waren beteiligt.

5.3. Terrorbekämpfung

Vertreter der NATO (und der EU) und Russlands stellen gerne die Bekämpfung des Terrorismus in den Mittelpunkt ihrer Kooperation. Allerdings wurde die NATO als Organisation (trotz der Inkraftsetzung der Beistandsverpflichtung von Artikel 5 des NATO-Vertrages Anfang Oktober 2001) im „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan nicht unmittelbar aktiv, und Russland ist von den Aktivitäten von Usama bin Ladens „Al Qaida“ nur am Rande betroffen – Tschetschenien steht in der Liste ihrer Prioritäten am unteren Ende. Dennoch stellt Russland seine Militärintervention in Tschetschenien an die Seite des amerikanischen Vorgehens gegen die Taliban und nennt sie seinen „Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus“.¹³² Gleichzeitig nimmt Moskau den Irak vor amerikanischen Anschuldigungen, in Terrorismus verwickelt zu sein, in Schutz. Das machte etwa Verteidigungsminister Iwanow klar: Da unter den Bürgern aus 30 bis 40 Staaten, die auf der Seite der Rebellen in Tschetschenien kämpfen würden, keine Iraker seien, habe der Irak mit Terrorismus nichts zu tun.¹³³ Offenbar sieht Russland die irakischen Zahlungen von 25 000 Dollar an die Familien von palästinensischen Selbstmordattentätern in Israel nicht als Unterstützung von Terrorismus an. Das hat bisher weder in Israel selbst (das uneingeschränkt hinter der russischen „Antiterror-Operation“ in Tschetschenien steht) noch im Westen Unmut ausgelöst.

US-Präsident George W. Bush glaubt, bei der Terrorabwehr in Putin einen „guten Freund“ gefunden zu haben.¹³⁴ Robertson wiederholte mehrmals, dass Moskau bei der Bekämpfung des Terrorismus „in jeder Erscheinungsform“ auf die Unterstützung der NATO zählen könne.¹³⁵ Und weiter: „The work on terrorism is at the very heart of the work that NATO and Russia are doing together. In many ways, Osama bin Laden was the midwife of an incredible new rapprochement“.¹³⁶ Zu Tschetschenien meinte Robertson: „Russland hat natürlich alle Rechte, seine territoriale Integrität zu verteidigen und Maßnahmen gegen jene zu ergreifen, die Terroranschläge verüben“.¹³⁷ Bush verlautbarte, dass die NATO die „große Rolle“ Russlands bei der Bekämpfung des Terrorismus anerkenne.¹³⁸

Solche Avancen verbesserten das Image der NATO und der USA in Russland jedoch nicht. Dort wird auch entschieden bestritten, dass die NATO ein effektives Antiterror-Instrument wäre. Selbst „demokratische“ russische Medien empfahlen der NATO, „eine Antwort auf die Frage zu suchen, wie man ihre 8000 Panzer zum Kampf gegen nicht zu fassende internationale Terroristen anpasst“.¹³⁹ Vor allem aber lasteten auch auf Wissenschaftlichkeit Anspruch erhebende russische Publikationen den NATO-Ländern (und speziell der Türkei) „große Sympathie“ für die tschetschenischen Rebellen an, „obwohl sie sich nicht zu einer Anerkennung des unabhängigen Staates Itschkerien entschlossen“. Die Allianz habe sich „immer aktiver in die inneren

¹³² Vgl. Martin Malek: Die postsowjetische Tangente des „Krieges gegen den Terror“. In: Erich Reiter (Hg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2002, Bd. 2. Hamburg, Berlin, Bonn 2002, S. 389–408 (v.a. 405ff).

¹³³ Interview in: Izvestija, 5.11.2002, S. 2.

¹³⁴ Zitiert nach Vremja Novostej, 20.11.2002, S. 2.

¹³⁵ Zitiert nach Itogi, 19.11.2002, S. 14.

¹³⁶ Zitiert nach <www.nato.int/docu/speech/2002/s021209c.htm> (abgerufen 11.12.2002).

¹³⁷ Interview mit Robertson in: Kommersant, 21.11.2002, S. 11.

¹³⁸ Zitiert nach Vremja MN, 23.11.2002, S. 2.

¹³⁹ Moskovskie Novosti, 10.12.2002, S. 11. Die Frage nach der „Anpassung“ der über 20 000 russischen Panzer wurde nicht aufgeworfen.

Angelegenheiten der kaukasischen Völker eingemischt“.¹⁴⁰ Durchaus verbreitet ist der Standpunkt, dass die NATO mit den tschetschenischen Separatisten gemeinsame Sache mache, um Russland „hinter Don und Wolga zurückzuwerfen“ und schließlich „aufzuspalten“.¹⁴¹

Im Juli 2000 berichteten die russische Nachrichtenagentur ITAR-TASS und eine bekannte Moskauer Zeitung unter Berufung auf „ungenannte militärische Quellen“, dass eine Explosion auf dem Markt der nordossetischen Hauptstadt Wladikawkas und eine Drohung tschetschenischer Kämpfer, tschetschenische Städte zu besetzen, die Aufmerksamkeit des russischen Militärs von einem geplanten Durchbruch von 1500 gut (unter anderem angeblich mit amerikanischen Luftabwehrraketen „Stinger“) bewaffneten islamischen Kämpfern von Georgien nach Tschetschenien „ablenken“ sollten. Diese „Operation“ werde von „Offizieren des Generalstabes eines NATO-Landes“ – sprich: der Türkei – geleitet. – Solche Meldungen sind Teil eines „Informationskrieges“ gleichzeitig gegen die tschetschenischen Rebellen und den Westen, in dem sich Russland zu befinden glaubt. Wenn es ihm – wie die russische Internetzeitung „Gazeta.ru“ am 11. Juli 2000 vermutete – darum gegangen war, einen Skandal zu provozieren,¹⁴² scheiterte es jedoch: Eine Reaktion der NATO blieb aus (wie auch ein Massendurchmarsch von islamischen Kämpfern nach Tschetschenien).

NATO, USA und EU haben sich nie gegen die russische Militärintervention in Tschetschenien, die bereits Zehntausende Tote gefordert hat, *als solche* ausgesprochen oder eine Einstellung der Kampfhandlungen gefordert. Es sind auch keine öffentlichen Äußerungen Robertsons bekannt, in denen er bestritten hätte, dass es sich bei dem Krieg um eine „Antiterror-Operation“ handelt. Vielfach dokumentierte und schwere Menschenrechtsverletzungen russischer Soldaten in Tschetschenien werden zwischen der NATO und Russland zwar (hinter verschlossenen Türen) angesprochen, doch hält man sie in Brüssel ganz offenkundig nicht für einen Faktor, der die Beziehungen zu Moskau beeinträchtigen könnte beziehungsweise sollte. NATO und EU empfehlen Russland von Zeit zu Zeit eine „politische Lösung“ des Tschetschenienproblems, akzeptieren dabei aber, dass Moskau seine verordnete „Normalisierung“ (erzwungene Rückkehr tschetschenischer Flüchtlinge durch Auflösung von Flüchtlingslagern in Inguschetien mit der Drohung, dass diese andernfalls von Bulldozern niedergewalzt werden;¹⁴³ Wahl eines – natürlich prorussischen – neuen Republikpräsidenten; Referendum über eine neue Verfassung am 23.3.2003 usw.) als solche darstellt.

Der US-Botschafter in Russland, Alexander Vershbow, trat für die Schaffung „gemeinsamer Militärkräfte“ der NATO und Russlands zur Terrorbekämpfung ein.¹⁴⁴ Daniel Speckhard, Deputy Assistant Secretary General of NATO, nannte das „creative thinking“ und vermutete, dass sein Landsmann Vershbow damit nicht auf Einsätze von NATO-Soldaten in Tschetschenien angespielt habe. Man dürfe auch nicht annehmen, dass demnächst Soldaten der NATO und Russlands in Kasernen auf gemeinsame Einsätze warten würden. Es könne lediglich um Ad-hoc-Aktionen wie eine Jagd auf Angehörige der „Al-Qaida“ gehen.¹⁴⁵

¹⁴⁰ G. I. Starcenkov: Neft' Kaspija i puti ee transportirovki. In: V. Ja. Belokrenickij, A. Z. Egorin (verantwortliche Redakteure): Musul'manskije strany u granic SNG (Afganistan, Pakistan, Iran i Turcija – sovremennoe sostojanie, istorija i perspektivy). Rossijskaja Akademija Nauk – Institut Vostokovedenija, Institut izucenija Izrailja i Bližnego Vostoka. Moskva 2001, S. 302.

¹⁴¹ A. V. Baranov: Vnešnepolitičeskie faktory konflikta v Cecne. In: Severnyj Kavkaz: Geopolitika, istorija, kul'tura. Materialy vsrossijskoj naucnoj konferencii (Stavropol', 11 – 14 sentjabrja 2001 g.). Moskva, Stavropol' 2001, S. 23.

¹⁴² Gazeta.ru (online), 11.7.2000. Izvestija (online), 12.7.2000.

¹⁴³ Nach Novye Izvestija, 4.12.2002, S. 5.

¹⁴⁴ Zitiert nach Izvestija, 7.12.2002, S. 4.

¹⁴⁵ Antwort Speckhards bei einem Roundtable-Gespräch im Carnegie Moscow Center am 19.12.2002 auf eine Frage des Verfassers.

Die NATO-Staaten und Russland unterhalten eine gemischte Terrorismus-Arbeitsgruppe, tauschen Informationen aus und arbeiten an gemeinsamen Einschätzungen der terroristischen Bedrohung in der euroatlantischen Region. Diese Initiativen werden aber von den stark unterschiedlichen Bedrohungsperzeptionen erschwert: Moskau hält etwa den Irak, den Iran und Nordkorea, denen die USA eine Unterstützung von Terrorismus unterstellen, für keinerlei Gefahr und arbeitet mit ihnen in verschiedenen Bereichen gut zusammen. Teheran gehört etwa zu den besten Kunden der Rüstungs- und Atomindustrie Russlands.

5.4. Peacekeeping

5.4.1. IFOR/SFOR

Bei den Verhandlungen über den Modus der russischen Teilnahme an der IFOR für Bosnien-Herzegowina lehnte Moskau eine Unterstellung seiner Truppen unter ein NATO-Kommando von Anfang an ab und setzte sich durch: Dem russischen Verteidigungsminister Armeegeneral Pawel Gratschow zufolge erfüllte die amerikanische Seite seine Forderungen zur Organisation der Kommandostruktur „vollkommen“.¹⁴⁶ Ende Oktober 1995 gaben Gratschow und sein US-Amtskollege William Perry bekannt, dass die leicht bewaffneten russischen Truppen in Bosnien formal dem US-General George Joulwan in seiner Eigenschaft als US-Offizier (und nicht als NATO-General) unterstellt sein und Hilfsfunktionen (vor allem Transport und Ingenieurarbeiten) ausführen sollen. Die russische Seite legte großen Wert darauf, dass die schriftlichen Befehle Joulwans an die russischen Truppen nicht auf NATO-Formularen ausgefertigt werden.¹⁴⁷

Es blieb letztlich unklar, warum die USA Russland, das an seiner Unterstützung Serbiens (und der Serben in Kroatien und Bosnien, darunter der als Kriegsverbrecher angeklagten Radovan Karadžić und Ratko Mladic) nie einen Zweifel hat aufkommen lassen, unbedingt bei dieser sensiblen Mission dabeihaben wollten und dafür bereit waren, auf alle Ansprüche Moskaus einzugehen. Es wurde vermutet, dass sich die USA von einer russischen Teilnahme an der IFOR eine Aufweichung der Moskauer Haltung zur NATO-Osterweiterung erwartet haben. Solche Hoffnungen waren von russischen Kommentatoren allerdings von Anfang an als völlig gegenstandslos bezeichnet worden.

Mit Stand 2001 stellte Russland 1200 der 20 000 SFOR-Soldaten, im Juli 2002 waren es noch etwa 300.¹⁴⁸ Sie fraternisierten – wie auch zuvor die russischen Angehörigen der 1992–95 eingesetzten UNO-Friedenstruppe UNPROFOR in Kroatien – mit den Serben. Moskau verurteilte zudem die – von westlichen Einheiten ohnedies mit wenig Nachdruck betriebene – „Jagd nach Kriegsverbrechern“ (die mehrheitlich Serben sind) stets als „Überschreitung des Mandats“ der SFOR.

5.4.2. KFOR

Aus der Sicht der NATO war die Teilnahme russischer Einheiten an einer eventuellen Friedenstruppe für das Kosovo von Anfang an völlig unbestritten; NATO-Generalsekretär Javier Solana meinte, dass diese „Sicherheit für die Serben bedeuten sollen“.¹⁴⁹ Moskau verfolgte vor und nach der Einleitung von „Allied Force“ konsequent die Linie, dass es gegen den Willen Belgrads und ohne UNO-Mandat (also ohne seine Zustimmung) keine ausländischen Truppen im Kosovo geben darf.

¹⁴⁶ Nach Segodnja, 10.11.1995, S. 1.

¹⁴⁷ Vgl. Leontiy P. Shevtsov: Russian-NATO military cooperation in Bosnia: A basis for the future? In: NATO Review, March 1997, S. 17ff.

¹⁴⁸ NATO Handbook, a.a.O., S. 81; NATO Segodnja. Uproćenie bezopasnosti i stabilnosti dlja vsech (Informationsbroschüre der NATO in russischer Sprache). Brussels 2002, S. 21.

¹⁴⁹ Zitiert nach APA272, 4.2.1999.

Der von Jelzin persönlich gebilligte¹⁵⁰ russische „Sprung nach Priština“ Anfang Juni 1999 war Resultat eines russisch-serbischen Zusammenspiels: Der russische Militärattache in Belgrad, Generalleutnant Jewgenij Barmjanzew, hatte die Route mit dem Generalstab der jugoslawischen Armee akkordiert. In Russland wie in Belgrad herrschten denn auch gleichermaßen große Freude, Genugtuung und Stolz über die gelungene Operation. Die Serben im Kosovo bejubelten die Russen. Moskau fürchtete wegen seines einseitigen Vorgehens offenbar nicht, von der KFOR überhaupt ausgeschlossen zu werden, und das stand in der NATO auch tatsächlich (zumindest öffentlich) nie zur Diskussion. Verteidigungsminister Sergejew meinte, dass die russischen Soldaten in Slatina nicht isoliert seien und versorgt würden. So war es dann auch – allerdings wohl in einem anderen Sinne als von ihm insinuiert: Als den Russen Proviant und Wasser ausgingen, wurden sie von den Briten gepflegt, denen sie kurz zuvor den Weg auf den Flughafen versperrt hatten (während jugoslawisches Militär ungehindert passieren konnte) .

In Russland gab man sich überzeugt, dass die Besetzung von Slatina die eigene Position bei den Verhandlungen mit den USA über die KFOR signifikant verbessert hat. Tatsächlich konnten die Russen den Flughafen behalten.¹⁵¹ Die NATO lehnte jedoch die beiden zentralen russischen Forderungen – keine Unterstellung seiner Truppen unter ihr Kommando und ein eigener Sektor im Norden des Kosovo (an der Grenze zum übrigen Serbien) – ab, weil sie eine daraus resultierende Teilung der Provinz befürchtete. Zudem hätten in eine russische Zone jederzeit wieder serbische Soldaten, Polizisten und Paramilitärs einsickern können.

Es liegen Hinweise vor, die darauf schließen lassen, dass das russische Verteidigungsministerium beabsichtigte, nach dem Vorbild der erfolgreichen Inbesitznahme von Slatina einen möglichst großen Teil des Kosovo einseitig zu besetzen. Die russische Zeitschrift „Neue Zeit“ kommentierte: „Rückblickend ist verständlich, was General Iwaschow meinte, als er sagte, dass Russland nicht um einen eigenen Sektor im Kosovo bitten wird. Diesen Sektor wollte man sich offenbar einfach nehmen“.¹⁵² Allerdings verweigerten Ungarn, Rumänien und Bulgarien den russischen Transportern auf Ersuchen von USA und NATO mehrere Tage lang die Überfluggenehmigung, so dass nicht rasch genug ein ausreichend großes Truppenkontingent herangeführt werden konnte und der Plan scheiterte – ungeachtet der kaum verhüllten Wut russischer Generäle. Eine Moskauer Tageszeitung meldete, dass russische Militärs in privaten Gesprächen die eigenen Politiker für deren angebliches Zögern nach der Besetzung von Slatina schalteten: Wäre man entschiedener vorgegangen, hätten die Russen die Kontrolle über Priština an sich reißen können.¹⁵³

Die Kosovo-Albaner begrüßten die Russen nur dort freudig, wo sie sie mit NATO-Soldaten verwechselten. Es kam immer wieder zu albanischen Demonstrationen gegen die russischen Truppen. Probleme gab es vor allem in Rahovec (Serbisch Orahovac), als Ende August 1999 ein Luftlandebataillon mit 750 Russen ein holländisches Kontingent ablösen sollte: Albaner blockierten mit Traktoren, Autos, Bussen, Steinen usw. die Zufahrtsstraßen und zeigten Transparente wie „Russen haben uns getötet“¹⁵⁴ und „NATO – Ja, Russland – Nein“. In Russland wurden denn auch sofort Beschwerden laut, dass die eigenen Soldaten von den Albanern nicht gut genug (oder sogar „aggressiv“) aufgenommen würden. Außerdem hieß es, dass die NATO Russland nicht vertraue, diskriminiere und seine Rolle zu minimieren trachte; im russischen Gebiet im deutschen Sektor

¹⁵⁰ Vgl. Jelzin, a.a.O., S. 256.

¹⁵¹ Daran hat sich bis heute nichts geändert. Russland besteht darauf, jede einzelne Flugbewegung der NATO auf dem Flughafen von Priština gesondert zu beurteilen, und verweigert mitunter auch die Genehmigung (nach Krasnaja Zvezda [online], 25.1.2003).

¹⁵² Novoe Vremja, 28/1999, S. 29.

¹⁵³ Vgl. Vremja, 22.7.1999, S. 6.

¹⁵⁴ Anspielung auf für die Serben kämpfende russische Söldner.

gäbe es keine Serben, die es beschützen könne; zudem tue die NATO nichts oder zu wenig für die Serben und arbeite den Albanern und konkret ihrer „Befreiungsarmee des Kosovo“ zu. Daher drohten zahlreiche (auch hohe) russische Militärs und Politiker über viele Monate hinweg immer wieder mit einem „Überdenken“ der russischen Beteiligung an der KFOR. In der NATO stellte sich aber keine sichtbare Beunruhigung ein, und der Föderationsrat verlängerte das Mandat des russischen KFOR-Kontingents bis heute immer wieder.

Das russische KFOR-Kontingent soll im Kosovo Moskauer Angaben zufolge vor allem folgende Aufgaben erfüllen: Leistung eines Beitrages zur Herstellung einer „vielpoligen Welt“; Vertretung der Interessen Russlands auf dem Balkan; Schutz der Serben vor den Albanern; Widerstand gegen die Durchführung von NATO-Konzepten auf dem Balkan; Beeinflussung der politischen Geschehnisse im Kosovo im serbischen Sinne; Verhinderung einer Abspaltung des Kosovo von der BRJ. Die Befriedung des Kosovo, eine Rückkehr der albanischen Flüchtlinge und die Herstellung von allgemeiner Stabilität vor Ort kamen in russischen Quellen kaum oder nicht vor.

Einem von den Verteidigungsministern der USA und Russlands, William Cohen und Sergejew, am 18. Juni 1999 in Helsinki unterzeichneten Abkommen zufolge entsandte Russland maximal 3616 (statt wie ursprünglich ventiliert bis zu 10 000) der ursprünglich 57 000 KFOR-Soldaten. 2001 stellte Russland 3250 (von 43 000) Mann, im Juli 2002 noch 650.¹⁵⁵ Mit Stand September 2002 waren sie den MNB Centre und East zugeteilt. Eine Moskauer Zeitung behauptete Anfang 2003, dass ihr Abzug bevorstehe, und stellte mit Bedauern fest: „Unsere Peacekeeping-Bemühungen haben keinen Einfluss auf die militärischen und politischen Kräfteverhältnisse auf dem Balkan ausgeübt. Dem (russischen) Verteidigungsministerium ist es nicht gelungen, die NATO zu überspielen“.¹⁵⁶ Der für Friedensmissionen zuständige stellvertretende Kommandierende des Landheeres, Generalleutnant Valerij Jewnewitsch, bestritt hingegen jede Rückzugsabsichten.

5.5. Luftabwehr

Die Luftverteidigungssysteme der NATO und Russlands sollen kompatibel gemacht werden. Dazu kommen Konsultationen der beiden Seiten über die Stationierung eines mobilen Luftabwehrsystems in „bedrohten Zonen“. Russland ist entschieden gegen eine „globale“ Luftabwehr (wie sie seiner Meinung nach von den USA geplant wird), und auch ein regionales System müsse „unter der Ägide der UNO“ – sprich: des Weltsicherheitsrates und damit des dortigen russischen Vetorechts – stehen.¹⁵⁷

Gemeinsame Initiativen im Luftabwehrbereich leiden (wie bei der Terrorismusbekämpfung) unter verschiedenen Bedrohungswahrnehmungen.¹⁵⁸ Moskau sieht etwa vom Irak, vom Iran und von Nordkorea, welche Bush Ende Jänner 2002 zur „axis of evil“ zusammenfasste, keinerlei Gefahr ausgehen. Tatsächlich haben sie bisher keinerlei gegen Russland gerichtete Aktivitäten gesetzt, und es wäre auch von Massenvernichtungswaffen dieser Länder – Nordkorea kündigte im Jänner 2003 den Austritt aus dem NPT und die Wiederaufnahme von Tests seiner Langstreckenraketen an – keinesfalls bedroht.

¹⁵⁵ NATO Handbook, a.a.O., S. 85; NATO Segodnja a.a.O., S. 21.

¹⁵⁶ Nezavisimaja gazeta (online), 22.1.2003.

¹⁵⁷ Interview mit dem stellvertretenden Außenminister Georgij Mamedow in: Vremja Novostej, 24.12.2002, S. 5.

¹⁵⁸ So ein Hinweis des stellvertretenden Chefs des Apparats des außenpolitischen Ausschusses der Staatsduma, Wladimir Frolow (nach Noveye Izvestija, 11.12.2002, S. 4).

5.6. Rüstung

Am 13. Jänner 2003 wurde in Moskau ein Abkommen über die Einbeziehung russischer Rüstungstechnik in das internationale Katalogisierungssystem der NATO unterzeichnet. In Zusammenarbeit mit der Group of National Directors on Codification (die das NATO Codification System führt) und der NAMSA soll Moskau Codes und Verfahren übernehmen, auf deren Grundlage jeder Kunde weltweit russische Rüstungsgüter genau identifizieren und bestellen kann. Ab 2004 soll dann ohne entsprechende Katalogisierung kein russisches Rüstungsgut mehr auf dem Weltmarkt verkauft werden.

Moskau erhofft sich nun signifikant mehr Lieferungen von Rüstungsgütern und Komponenten in NATO-Staaten. Der Generaldirektor der mit Abstand wichtigsten russischen Rüstungshandelsgesellschaft „Rosoboronexport“, Andrej Beljaninow, unterstrich aber, dass von einem Umstieg der russischen Rüstungsindustrie auf NATO-Standards keine Rede sein kann: „Wir brauchen uns auf keine Kompromisse mit der NATO im Bereich der Standardisierung von Waffen und Rüstungstechnik einzulassen“.¹⁵⁹ Das ist denn auch alleine wegen der russischen Mentalreservation gegen die NATO selbst in diesem rein technischen Bereich wohl unmöglich. Beljaninow meinte aber, dass bestimmte Kundenwünsche wie etwa Kalaschnikow-Maschinengewehre mit NATO-Kaliber erfüllt würden.

Das einzige NATO-Land außerhalb Ostmitteleuropas, das in bedeutendem Ausmaß über russische (sowie ukrainische) Waffen verfügt, ist Griechenland. Auch der griechische Teil Zyperns hat sich immer wieder für russische Waffen interessiert. 1998 kam es deswegen zu einer Krise: Die Türkei drohte für den Fall der geplanten Stationierung eines von Moskau zu liefernden Luftabwehrkomplexes S-300 PMU1 auf Zypern mit einem Militärschlag. Schließlich entschloss sich der zypriotische Präsident Glafkos Clerides Ende 1998 zu einem Verzicht auf die S-300, die dann 1999 auf Kreta installiert wurden.

Russische Rüstungsfirmen versuchen – ungeachtet der jahrelangen politischen und propagandistischen Kampagnen Moskaus gegen die NATO –, in Ostmitteleuropa weiter im Geschäft zu bleiben: Sie boten den dortigen NATO-Aspiranten, deren Armeen meist nach wie vor überwiegend mit sowjetischem Gerät ausgerüstet sind, Umrüstung auf die Standards des Bündnisses an. So wurde am 26. September 2002 in Warschau ein Vertrag über die Modernisierung polnischer MiG-29-Kampfflugzeuge durch die russische Herstellerfirma unterzeichnet. Damit verdient Russland noch an der NATO-Osterweiterung, an der angeblich – so ein nicht nur aus Moskau oft zu hörendes Argument – westliche Rüstungskonzerne besonders interessiert seien.

5.7. Sonstige Kooperation – ausgewählte Bereiche

Verbindungsmissionen. Bereits der „Founding Act“ hatte die Schaffung von Missionen der NATO in Moskau und Russlands bei der NATO vorgesehen. Die russische Vertretung wurde mit 18. März 1998 eingerichtet. Dagegen verhinderte das russische Militär (auch unter Hinweis auf „Allied Force“) die NATO MLM in Moskau lange; sie konnte erst am 27. Mai 2002 eröffnet werden. Ihre westlichen Mitarbeiter würden, so Felgenhauer, „closely followed and isolated from any meaningful contacts with the bulk of Russian officers as far as is humanly possible“.¹⁶⁰ Dabei sollen die je zwei russischen Offiziere und Zivilisten in der MLM – zweifellos Geheimdienstleute – eine wichtige Rolle spielen. Das NATO Information Office in Moskau wurde am 20. Februar 2001 von

¹⁵⁹ Zitiert nach Izvestija, 13.1.2003.

¹⁶⁰ Gastkommentar Felgenhauers in: The Moscow Times, 30.5.2002, S. 9.

Robertson offiziell eröffnet, und seit November 2001 arbeitet es de facto. Zu seinen Aufgaben gehört es, Russland von einem „Feindbild NATO“ abzubringen.

Militärreform. Selbst eine in sehr optimistischem Ton gehaltene Informationsbroschüre der NATO räumte Mitte 2002 ein, dass die Zusammenarbeit mit Russland in Fragen der Militärreform „noch am Anfang steht“.¹⁶¹ Die NATO bietet Russland in diesem Bereich immer wieder Hilfe an, aber dieses ist sehr skeptisch, da es der Allianz unterstellt, es ohnedies nur abrüsten zu wollen – und dazu ist es nicht bereit.¹⁶² Die politische Kontrolle über die russischen Streitkräfte ist weit weniger stark ausgeprägt als in westlichen Staaten. Das russische Militär kommandiert sich nicht nur in Tschetschenien de facto selbst und hat daher kein Interesse an einer „Einmischung“ der ungeliebten NATO bei der Militärreform.

Militärtransport. Die NATO und das Verteidigungsministerium in Moskau arbeiten an einem Memorandum, das es NATO-Staaten erlauben würde, russische Transportflugzeuge in Anspruch zu nehmen.¹⁶³ Russland erinnert auch immer wieder an seine Bereitschaft, seine Maschinen für künftige Militärmissionen der EU zur Verfügung zu stellen.¹⁶⁴ Offenbar möchte es sich eine weitere Einnahmequelle verschaffen. Vor allem aber besteht die Möglichkeit, dass NATO und EU zumindest teilweise von russischen Transportkapazitäten abhängig werden, die Moskau – im Falle der Durchführung von Operationen, mit denen es nicht einverstanden ist – natürlich auch verweigern könnte.

Bewältigung von Katastrophen und Unglücksfällen. Im März 1996 unterzeichneten die NATO und das russische Ministerium für außerordentliche Situationen und Zivilverteidigung ein „Memorandum of Understanding on Civil Emergency Planning and Disaster Preparedness“. Daraus ging dann im Mai 1998 ein Euro-Atlantic Response Coordination Centre und eine Euro-Atlantic Disaster Response Unit hervor. Nach dem Verlust des russischen Atom-U-Bootes „Kursk“ im August 2000 schlossen die NATO und Russland im Dezember des gleichen Jahres eine Vereinbarung über eine Arbeitsgruppe zu Fragen von Suche und Rettung auf See ab.

Wissenschaft. Im Mai 1998 wurde ein Memorandum of Understanding zwischen der NATO und dem Ministerium für Wissenschaft und Technologie Russlands über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Das russische Innenministerium hat Interesse an wissenschaftlichen Projekten unter anderem bei der Terrorbekämpfung gezeigt. Zudem erhielten russische Wissenschaftler im Rahmen des Wissenschaftsprogramms der NATO bis Mitte 2002 etwa 1000 Stipendien.

„Open Skies“. Der am 24. März 1992 unterzeichnete „Open Skies“-Vertrag, dem sich alle Mitglieder der NATO und des ehemaligen Warschauer Paktes angeschlossen haben,¹⁶⁵ trat am 1. Jänner 2002 in Kraft. Die Beobachtungsflüge begannen im August 2002 mit russischen Einsätzen über mehreren NATO-Ländern.

¹⁶¹ NATO Segodnja, a.a.O., S. 23.

¹⁶² So Felgenhauer im Gespräch mit dem Verfasser am 24.9.2002 in Moskau.

¹⁶³ Vgl. den Gastkommentar des Vorsitzenden des Militärkomitees der NATO, General Harald Kujat, in: Krasnaja Zvezda, 25.12.2002, S. 3.

¹⁶⁴ Vgl. z.B. Krasnaja Zvezda, 20.12.2002, S. 3.

¹⁶⁵ Russland hat ihn am 24.3.2001 ratifiziert.

6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Reaktionen Moskaus auf die Angebote der NATO zur Kooperation waren lange – und sind es teilweise bis heute – kühl bis offen ablehnend. Es will alles vermeiden, was seiner Meinung nach als – und sei es indirekte – Zustimmung zu einer NATO-Erweiterung oder einer auch nur irgendwie bedeutenden Rolle des Bündnisses in der europäischen Sicherheitspolitik gedeutet werden könnte. Westliche Hoffnungen, dass Russland über die PfP bewogen werden könnte, die Allianz positiver wahrzunehmen, sind unerfüllt geblieben. Russland ist auch mit den von der NATO geführten Peacekeeping-Operationen in Bosnien und im Kosovo, in deren Strukturen es sich lediglich eingliedern konnte, unzufrieden und verlangt für die Zukunft von der Allianz und ihm selbst „gemeinsam“ geleitete Missionen.

Eine „Bedrohung aus dem Osten“ (also aus Russland) nimmt die westliche Öffentlichkeit schon lange nicht mehr wahr, und auch die NATO hat eine solche Möglichkeit ad acta gelegt. Umgekehrt glaubt sich Russland aus dem Westen sehr wohl zumindest potenziell bedroht. Das mag man im Westen als unbegründet empfinden, doch ist es eine unbestreitbare politische (und militärische) Realität.

Der russische Widerstand gegen die NATO-Osterweiterung hat sich auch nach der Unterzeichnung des „Founding Act“ 1997 nicht abgeschwächt. Die Versuche der NATO wie auch ihrer Beitrittswerber, Moskau den offiziellen Standpunkt zu vermitteln, dass eine Aufnahme neuer Mitglieder nicht gegen Russland gerichtet ist, zeitigten nur geringe oder keine Erfolge. Zahlreiche Exponenten aus Militär, Politik, Wissenschaft, Medien und Diplomatie Russlands stellen eine Osterweiterung der Allianz nach wie vor als direkte Bedrohung für die Sicherheit ihres Staates und den Frieden in der Welt dar. Einer der fundiertesten russischen außen- und sicherheitspolitischen Analytiker, Andrej Piontkowskij, sagte voraus, dass die Außenpolitik seines Landes „noch lange auf dem Mythos einer heroischen Konfrontation mit dem Westen aufbauen“ werde.¹⁶⁶ Daher ist auch nicht damit zu rechnen, dass die NATO in der näheren Zukunft positiver (oder auch nur neutral) gesehen wird.

In Russland zeigt man sich gerne überzeugt, dass die vermeintlich so starke und entschlossene NATO durch demonstrativ zur Schau getragene Kompromisslosigkeit zu Zugeständnissen bewogen werden kann. So urteilte die Militärzeitung „Roter Stern“ Ende 1997, dass die NATO „noch gezwungen“ sei, „die harte Position Russlands zu berücksichtigen“.¹⁶⁷ Auch mehr als fünf Jahre später sieht Moskau keinen Grund, eine aus seiner Sicht erfolgreiche Strategie – unablässige Kritik und Forderungen an die NATO, zögerliche Kontakte und sogar (wie angesichts von „Allied Force“) zeitweiliger Abbruch der Beziehungen – zu ändern. Dazu würde es sich erst dann verhalten sehen, wenn es erkennt, dass sie nicht mehr greift oder sogar kontraproduktiv für die eigenen Interessen ist. Die Bereitschaft zur Schaffung solcher Bedingungen ist allerdings im Westen sehr gering (und auf politischer Ebene inexistent).

Die tief gehende emotionale Ablehnung des Bündnisses in Russland führt dazu, dass ihm immer wieder Dinge zugeschrieben werden, mit denen es nachprüfbar nichts zu tun hat. So hatten es zahlreiche Medien sowie auch und gerade hochgestellte russische Militärs – darunter der Oberkommandierende der russischen Kriegsmarine, Admiral Wladimir Kurojedow – geraume Zeit für wahrscheinlich erklärt oder zumindest „nicht ausschließen“ wollen, dass die „Kursk“ am 12. August 2000 von einem U-Boot eines NATO-Mitgliedslandes gerammt worden und deswegen mit allen 118 Besatzungsmitgliedern verunglückt sei. Darauf hatte es allerdings von Anfang an

¹⁶⁶ Gastkommentar in: *Novoe Vremja*, 47/2002, S. 22.

¹⁶⁷ *Krasnaja Zvezda*, 16.12.1997, S. 3.

keinerlei Hinweise gegeben. Die russische Staatsanwaltschaft kam in einem im Juli 2002 veröffentlichten Untersuchungsbericht zu dem Schluss, dass ein Übungstorpedo im Abschussrohr explodiert ist.

7. Abkürzungsverzeichnis

APA	Austria Presse Agentur
BIOst	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien
BRJ	Bundesrepublik Jugoslawien
EAPC	Euro-Atlantic Partnership Council
ESDP	European Security and Defence Policy
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FSB	Föderaler Sicherheitsdienst (Russlands)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile
IFOR	Implementation Force
IWF	Internationaler Währungsfonds
KFOR	Kosovo Force
KPRF	Kommunistische Partei der Russländischen Föderation
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LDPR	Liberal-demokratische Partei Russlands
MLM	Military Liaison Mission
MNB	Multinational Brigade
NAMSA	NATO Maintenance and Supply Agency
NPSR	Narodno-patrioticeskij sojuz Rossii (Volkspatriotische Union Russlands)
NPT	Nuclear Non-Proliferation Treaty
NRC	NATO-Russia Council
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
ÖMZ	Österreichische Militärische Zeitschrift
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVKS	Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit
PfP	Partnership for Peace
PJC	(NATO-Russia) Permanent Joint Council
SFOR	Stabilization Force
SLBM	Sea-Launched Ballistic Missiles
SOK	Shanghaier Organisation für Kooperation
UNPROFOR	United Nations Protection Force
VKS	Vertrag über kollektive Sicherheit
VKSE	Vertrag über konventionelle Rüstung in Europa